

TAGESORDNUNG

ÖFFENTLICH

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich darf Sie nun bitten, die Tagesordnung zur Hand zu nehmen. Im Vorfeld wurde wieder eine große Anzahl von Stücken zusammengefasst, die als beschlossen gelten. Es sind die Stücke 3) bis 8) alle einstimmig, ebenso die Stücke 9) und 10), Stück Nummer 12) Anmietung im Styriengebäude Conrad-von-Hötzendorf-Straße, Gegenstimme der FPÖ, das Stück Nummer 22), 23) und 24), das sind alles einstimmige Beschlüsse, der Wirtschaftsplan 2014 und 2015 der GPS, das ist das Stück Nummer 25), gilt als beschlossen mit den Gegenstimmen der grünen Fraktion und der Piraten, beim Stück Nummer 26) wird Berichterstatter der Stadtrat Hohensinner sein, das Stück Nummer 31) gilt als einstimmiger Beschluss.

3) A 8-66149/2013-28

Stadtbaudirektion
Kanalschachtherstellung 2015 – 2016,
BA 161, Projektgenehmigung über
€ 500.000,- in der AOG 2015-2017

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 90 Abs. 4 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/1967 idF. LGBl.Nr. 87/2013, beschließen:

In der AOG 2015 – 2017 wird die Projektgenehmigung „Kanalschachtherstellung 2015 – 2016, BA 161“ mit Gesamtkosten in Höhe von € 500.000,- und die Aufnahme in die mittelfristige Investitionsplanung der Stadt Graz

Projekt	Ges.Kost.	RZ	MB 2015	MB 2016	MB 2017
Kanalschachtherstellung 2015-2016, BA 161	500.000	2015-2017	235.000	245.000	20.000

beschlossen.

4) A 10/BD-54751/2014-2

Holding Graz Services
 BA 161, Kanalschachtherstellungen
 2015-2016
 Projektgenehmigung über € 500.000,-
 excl. MWSt.

Der Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Projektgenehmigung für den Bauabschnitt 161 – Kanalschachtherstellungen 2015 bis 2016 über € 500.000,- excl. MWSt. wird erteilt.

5) A 8-66149/2013-29

Stadtbaudirektion
 Straßen- und Brückensanierungs-
 programm 2015
 Projektgenehmigung über
 € 1.600.000,- in der AOG 2015

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 90 Abs. 4 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/1967 idF. LGBl.Nr. 87/2013 beschließen:

In der AOG 2015 wird die Projektgenehmigung „Straßen- und Brückensanierungsprogramm 2015“ in Höhe von € 1.600.000,- für den ersten Teil des Straßen- und Brückensanierungsprogrammes beschlossen, damit die dringend notwendigen Ausschreibungen noch 2014 durchgeführt und mit den Arbeiten bereits im ersten Quartal 2015 begonnen werden kann.

6) A 10/BD-55823/2014-3

Holding Graz Services
Straßen- und Brückensanierungs-
programm 2015, Teil 1
Projektgenehmigung über 1.600.000,-
Euro incl. USt.

Der Ausschuss für Verkehrs stellt gemäß § 45 Abs. 2, Z 5 des Statutes der Landeshauptstadt Graz den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Projektgenehmigung für das Straßen- und Brückensanierungsprogramm 2015, Teil 1, der Holding Graz Services – Stadtraum in Höhe von 1.600.000,- Euro incl. USt. wird erteilt.

7) A 8-66149/2013-26

Stadtbaudirektion
BA 132 – Argenotstraße
1. Erhöhung der Projektgenehmigung von
€ 440.100,- um € 6.000,- auf € 446.100,-
in der AOG 2014
2. Kreditansatzverschiebung über
€ 6.000,- und Finanzmittelverschiebung
in Höhe von €110.000,- in der AOG
2014

Der Personal-, Finanz- Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 90 Abs. 4 bzw. § 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/1967 idF. LGBl.Nr. 87/2013, beschließen:

1. In der AOG 2014 wird die Erhöhung der Projektgenehmigung „Argenotstraße, BA 132“ von € 440.100,- um € 6.000,- auf € 446.100,- und die Aufnahme in die mittelfristige Investitionsplanung der Stadt Graz wie folgt beschlossen:

Projekt	Bisherige Gesamtkosten	Erhöhung VA 2014	Neue Gesamtkosten
Argenotstraße, BA 132	440.100	6.000	446.100

2. In der AOG des Voranschlages 2014 wird die Fipos

5.85100.004000 „Wasser- und Kanalisationsbauten, BA 132
Argenotstraße“ um € 116.000,-

erhöht und zur Bedeckung die Fipos

5.85100.004010 „Wasser- und Kanalisationsbauten,
Kanalisationsbauten, Kanalnetzsanierungen und -erweiterungen“
um € 6.000,-

gekürzt die die Fipos

6.85100.298002 „Rücklagen“ um € 110.000,-

erhöht.

8) A 10/BD-54744/2014-2

Holding Graz Services
 BA 132 Sanierung Regenwasserkanal
 Argenotstraße – Mölkweg, Erhöhung der
 Projektgenehmigung um € 6.000,- excl.
 MWSt.

Der Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Erhöhung der Projektgenehmigung für den Bauabschnitt 132 – Sanierung Regenwasserkanal Argenotstraße – Mölkweg um € 6.000,- excl. MWSt. wird genehmigt.

9) A 8-66149/2013-27

Stadtbaudirektion
Bauliche Sanierung
Abwasseranlagen 2015 – BA 160,
Projektgenehmigung über
€ 1.700.000,- in der AOG 2015-2016

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 90 Abs. 4 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/1967 idF. LGBl.Nr. 87/2013 beschließen:

In der AOG 2015-2016 wird die Projektgenehmigung „Bauliche Sanierung, Abwasseranlagen 2015, BA 160“ mit Gesamtkosten in Höhe von € 1.700.000,- und die Aufnahme in die mittelfristige Investitionsplanung der Stadt Graz

Projekt	Ges.Kost.	RZ	MB 2015	MB 2016
Bauliche Sanierung Abwasseranlagen 2015, BA 160	1.700.000	2015-2016	1.500.000	200.000

beschlossen.

10) A 10/BD-554749/2014-2

Holding Graz Services
BA 160 Bauliche Sanierung
Abwasseranlagen 2015
Projektgenehmigung über € 1.700.000,-
excl. MWSt.

Der Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung stellt gemäß § 45 Abs. 2 Z 5 des Statutes der Landeshauptstadt Graz den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Projektgenehmigung für den Bauabschnitt 160 – Bauliche Sanierung Abwasseranlagen 2015 über € 1.700.000,- excl. MWSt. wird erteilt.

12) A 8/4 – 42237/2011

Anmietung im Styria-Gebäude
Conrad-von-Hötzendorf-Straße
Informationsbericht

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle diesen Informationsbericht gemäß § 45 Abs. 2 Ziffer 6 des Statutes der Landeshauptstadt Graz 1967, LGBl.Nr. 130/1967 idgF. LGBl.Nr. 77/2014, zur Kenntnis nehmen.

22) A 8 – 021515/2006/0183
A 23-030904/2013-0042

Ausführungsbeschluss:
1.) Strom und Gas Beschaffungsstrategie
„Haus Graz“
2.) Fortsetzung NutzerInnenmotivation

Der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss und der Ausschuss für Umwelt und Gesundheit stellen den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

- 1.) Die beiliegende Strom- und Gas-Beschaffungsstrategie für das „Haus Graz“ in der vorliegenden Version 1.0 vom 4.11.2014 wird vom GR genehmigt.
- 2.) Das Umweltamt und die GBG werden beauftragt, zusammen mit der Abteilung für Bildung und Integration, das Pilotprojekt zur NutzerInnenmotivation fortzuführen und, wie im Motivenbericht beschrieben, auf 5 Schulen zu erweitern. Die externen Kosten sollen nach Aufwand aus dem laufenden Budget des Umweltamtes getragen werden.
- 3.) Aufgrund des nachweislichen Erfolges der NutzerInnenmotivation bei den beiden ersten Pilotprojekten sollen das Umweltamt und die GBG gemeinsam mit der Abteilung für Bildung und Integration beauftragt werden, die weiteren Umsetzungsmöglichkeiten für eine Ausweitung auf 30 Schulen, die bereits an das Energiemonitoringsystem (EMS) der GBG angeschlossen sind, zu prüfen, die dafür notwendigen Ressourcen zu erheben und dem Gemeinderat vorzulegen.

23) A 23-028212/2013-0019

Grazer Umweltförderungen zur Emissions- und Feinstaubreduktion Aktualisierung von Förderrichtlinien ab 2015

- a) Förderung von Fernwärme-Hausanlagen-Heizungsumstellungen
- b) Förderung von thermischen Solaranlagen
- c) Förderung zur Dämmung der obersten Geschossdecke von Altbauten
- d) Förderung von Fotovoltaik – Gemeinschaftsanlagen
- e) Förderung von umweltfreundlichen Fahrzeugflotten

Der Ausschuss für Umwelt und Gesundheit stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

(1) Die Förderrichtlinien für die Grazer Umweltförderungen in den vorliegenden Fassungen gemäß Anlage als Maßnahmen zur Reduktion von Feinstaub und anderen Luftschadstoffen sowie der Ressourcenschonung werden mit Wirkung gemäß Richtlinien genehmigt:

- a) Förderung von Fernwärme-Hausanlagen-Heizungsumstellung
- b) Förderung von thermischen Solaranlagen
- c) Förderung zur Dämmung der obersten Geschossdecke von Altbauten
- d) Förderung von Fotovoltaik – Gemeinschaftsanlagen
- e) Förderung von umweltfreundlichen Fahrzeugflotten

(2) Förderanträge mit geringen Abweichungen von der jeweiligen Förderrichtlinie können mit der entsprechenden Begründung, je nach Zuständigkeit für die Subventionsgenehmigung, auch vom Stadtsenat bzw. vom/von der zuständigen Stadtsenatsreferentin/Stadtsenatsreferenten genehmigt werden.

24) KFA-K-32/2004-18

Geriatrische Gesundheitszentren
8020 Graz, Albert-Schweitzer-Gasse 36,
Vereinbarung über stationäre Aufenthalte
in der Sonderklasse der Akutgeriatrie
Tarifanpassung ab 1.1.2015

Der Ausschuss der KFA stellt den Antrag, der Gemeinderat wolle die Anhebung des Tagsatzes für die Sonderklasse in der GGZ-Akutgeriatrie ab 1.1.2015 bis einschließlich 31.12.2016 auf € 114,60 für eine maximale Aufenthaltsdauer von 28 Tagen im Kalenderjahr pro ZL-Anspruchsberechtigten beschließen.

25) GPS-055751/2014/0002

Wirtschaftsplan 2015 und 2016

Der Verwaltungsausschuss für das GPS Grazer Parkraumservice Eigenbetrieb stellt den Antrag, der Gemeinderat möge gemäß § 12 des Organisationsstatutes des GPS Eigenbetriebes die Wirtschaftspläne 2015 und 2016 genehmigen.

NT 31) A 8-66149/2013-33
A 10/8-057903/2014/0001

Radwegeprogramm 2014-2016

1. Projektgenehmigung über max.

€ 1.258.700,- in der AOG 2014-2016

2. Kreditansatzverschiebung über

€ 51.500,- und Ausgabeneinsparung
über € 719.000,- in der AOG 2014

Der Ausschuss für Verkehr und der Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschuss stellen den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Die Projektgenehmigung „Radwegeprogramm 2014-2016“ über insgesamt maximal € 1.258.700,- wird erteilt; davon entfallen auf die Jahre

2014: € 51.500,-
2015: € 1.120.000,-
2016: € 87.200,-

Die beim Land Steiermark im Radschwerpunkt 2014 von der A 10/8 beantragten Fördermittel (angefragt € 488.200,-) werden mit tatsächlichem Zahlungseingang und in tatsächlicher Anweisungshöhe der gegenständlichen Projektgenehmigung zugeführt – bis zum Einlagen dieser Summe bleibt der entsprechende Teil der Projektgenehmigung gesperrt.

2. In der AOG 2014 wird die neue Fipos

5.61200.002080 „Straßenbauten, Radwegeprogramm 14-16“
(Deckungsklasse: 10806)
(Anordnungsbefugnis: A 10/8) mit € 51.500,-

geschaffen und die Fiposse

5.61200.002750 „Straßenbauten, Radwege“ um € 770.500,-

6.61200.346000 „Investitionsdarlehen von Kreditinstituten“
um € 719.000,-

gekürzt.

- 3) Die Abteilung für Verkehrsplanung wird, gemeinsam mit den zuständigen Abteilungen und Behörden von Stadt Graz sowie Land Steiermark mit der weiteren Planung, Begleitung und Umsetzung genannter Radverkehrsmaßnahmen beauftragt.

Die Tagesordnungspunkte 3), 4), 5), 6), 7), 8), 9), 10), 22), 23), 24) und NT 31) wurden einstimmig angenommen.

Die Tagesordnungspunkte 12) (gegen Grüne und Piratenpartei) und 25) (gegen Grüne und Piratenpartei) wurden mit Mehrheit angenommen.

GR. Ing. **Lohr** zur Geschäftsordnung: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, sehr verehrte Zuhörer! Ich habe mich zur Geschäftsordnung gemeldet, und zwar stelle ich den Antrag auf Aufnahme von zwei Stücken. Es sind beide Stücke

Informationsberichte an den Gemeinderat, sind gestern und heute im Verkehrsausschuss berichtet worden, finden aber keine Wiedererlangung auf der heutigen Tagesordnung. Aber es sind wesentliche Stücke, die man dem Gemeinderat nicht vorenthalten kann. Stück 1) haben wir gestern behandelt, ist ein schriftlicher Informationsbericht an den Gemeinderat, nennt sich Master-Plan, Finanzierungsbedarf für die Straßenbeleuchtung. Grob zusammengefasst, hier geht es eben darzustellen, welcher Finanzbedarf auf uns zukommt, welche Straßenlaternen, welche Leuchten saniert werden müssen und das ist ziemlich dringlich, weil sonst geht wirklich in drei/vier Jahren in den ersten Gassen das Licht aus. Also ein wichtiger Informationsbericht.

Zweiter Informationsbericht an den Gemeinderat, ist heute ebenso einstimmig im Verkehrsausschuss beschlossen worden: ÖV-Erfordernisse für den Zeitraum 2015 bis 2017. Hier auch wichtige Maßnahmen, Taktverdichtungen, also das gehört auf jeden Fall öffentlich berichtet, weil sonst können wir auch im öffentlichen Verkehr in den nächsten Jahren, wenn hier nicht die Gelder kommen den Status quo nicht aufrecht erhalten. Die Vorgehensweise war auch seltsam, es werden Stücke für den Gemeinderat vorbereitet, kommen nicht auf die Tagesordnung, aber das können wir jetzt bitte nachholen und ich stelle den Antrag auf Aufnahme dieser beiden Stücke auf die Tagesordnung und ich bitte um Zustimmung (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke, Herr Gemeinderat! Wie Sie ja wissen, gibt es Fachstücke, die möglichst auch immer ein korrespondierendes Finanzstück haben sollen, weil sonst hätten wir ein schönes Durcheinander. Diese Stücke wurden dann in Informationsberichte umgewandelt und dann war heute am Vormittag noch der Wunsch...

Zwischenruf GR. Mag. Sippel: Dürften wir die Eishalle auch nicht oben haben.

Bgm. Mag. **Nagl**: Noch einmal, es gibt Grundsatzbeschlüsse. Aber das ist eine Usance, ich will es anmerken. Es ist natürlich auch so, wenn man sich in der Finanzverantwortung herausnimmt, braucht man dann, wenn ich so sagen darf, nicht nachher kommen und sagen, jetzt würden wir gerne wieder was verhandeln. Vor allem auch, wenn ein Budget gerade ausverhandelt wurde. Aber es ist interessant, es wird sicherlich auch nicht nur den Ausschuss einmal interessieren, sondern auch zu einem späteren Zeitpunkt nämlich an den Gemeinderat, aber das war bislang die Gepflogenheit, dass man immer wieder versucht hat, das was man inhaltlich erarbeitet, auch zu erkämpfen. Wenn man sich freiwillig aus dem Spiel nimmt im Vorfeld schon, kann man nachher das zwar wieder einmahnen, aber es schaut nicht allzu gut aus.

Der Antrag auf Aufnahme der beiden Stücke wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.

Zwischenruf StR. Mag. (FH) Eustacchio unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Es ist ja auch bezeichnend, dass man ununterbrochen davon spricht, dass man nicht mehr investieren darf, weil der Schuldenberg dieser Stadt schon zu hoch ist, dass das alles nicht mehr leistbar ist, dass man im Gemeinderat hinterfragt, wie das denn mit allen Haftungen aussieht und dann gleichzeitig mit dem kommt. Es ist sehr durchschaubar, aber wie Sie an vielen anderen Stücken bemerkt haben, auch zu Verkehrsstücken, haben wir auch da die Verantwortung übernommen und da gibt es ja Gott sei Dank einige Millionen, die wir auch heute wieder beschließen werden. Aber man muss sich halt irgendwann einmal entscheiden (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeisterstellvertreterin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck übernimmt um 13.00 Uhr den Vorsitz.

Berichterstatter: GR. Pogner

1) A 8-25167/2006-51

EIB-Finanzierung 2;
Städtische Infrastruktur Graz

GR. **Pogner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Gemeinderat hat beschlossen, dass wir von der Europäischen Investitionsbank 95 Millionen Euro aufnehmen und die haben wir 2013 bereits zur Gänze für die Finanzierung des Nahverkehrs verwendet und haben sie abgerufen und nunmehr hat sich die Gelegenheit ergeben, dass wir mit der Europäischen Investitionsbank wiederum Verhandlungen aufnehmen konnten, um ein zweites Paket zu schnüren. Nachdem die Europäische Investitionsbank, die EIB, mindestens ein Investitionsvolumen von 50 Millionen Euro als Grundvoraussetzung gibt, hat durch viele Verhandlungen und durch das Zusammenführen von mehreren

Investitionsprojekten hat sich eine Summe von rund 200 Millionen für die Stadt Graz ergeben. Anmerken möchte ich noch, dass die EIB zum Beispiel im Jahr 2013 70 Milliarden Euro an Investitionsvolumen vergeben hat und die EIB mit einem AAA-Rating also ein optimaler Partner ist und so günstig wie kaum woanders das Geld zu bekommen ist. Für diese Investitionen müssen zumindest 50 % dieser Investitionen selbst getragen werden beziehungsweise für 50 % dieser Investitionen kann man einen Kredit beantragen. Jetzt haben wir also für 200 Millionen Vorschläge und beantragen diesmal 90 Millionen an Kreditvolumen. Warum nur 90 Millionen? Das ist ganz einfach, weil wir mehrere Projekte quasi in der Pipeline haben und es könnte sein, dass vielleicht das eine oder andere oder nur ein Teil davon nicht ganz umgesetzt wird, und damit wir da nicht zu viel Geld quasi von der EIB in Anspruch nehmen, damit wir also nicht über diese 50 % hinauskommen, denn sonst würde die Gefahr bestehen, dass wir alles, was über diese 50 % ist, dass wir das unter Umständen wieder zurückbezahlen müssten, daher das geringere Investitionsvolumen, das wir hier beantragen. Und es wäre in vier Tranchen, und die erste Tranche wäre heuer bereits mit 25 Millionen Euro zum Abrufen und die Stadt Graz muss sich auch bei diesem Investitionsvolumen verpflichten, dass sie die Investitionsprogramme, die sie vorgesehen hat und die sie eingereicht hat, auch tatsächlich umsetzt, damit das Geld nicht in irgendwelchen anderen Kanälen unter Umständen verschwinden kann. Also da wird ganz genau darauf geachtet und daher ergeht der Antrag, dass wir heute, und zwar, das müssen wir, glaube ich, relativ schnell machen, damit wir diese Spanne, die es jetzt gibt, die ist immer nur eine halbe Stunde gültig, also wir müssen relativ rasch beschließen, damit wir dieses günstige Geld auch in Anspruch nehmen können, damit wir diesen Vertrag abschließen und ich bitte daher um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 3 lit c des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/1967 idF. LGBl.Nr. 87/2013, mit der erforderlichen qualifizierten Mehrheit beschließen:

Der Abschluss des Finanzierungsvertrages mit der EIB gemäß Beilage wird genehmigt.

GR. **Hötzl:** Ich möchte mich nur ganz kurz zu Wort melden, weil im Finanzausschuss ich den Eindruck hatte, dass der Herr Gemeinderat Dr. Wohlfahrt und der Herr Gemeinderat Haßler von den Roten, dass nicht ganz verstanden hat, weshalb wir hier dagegen sind. Wir werden hier Gegenstimmen haben und jetzt versuche ich es jetzt zu erklären, dass auch Ihnen beiden unsere Beweggründe, dass sich die auch Ihnen hoffentlich erschließen werden. Die Konditionen sind sicher gut, die Geldaufnahme bei der EIB zu diesen Konditionen ist, denke ich, auch diese Bestätigung haben wir vom Herrn Finanzdirektor erhalten, dass es momentan so ziemlich das Beste ist, was wir am Markt bekommen. Gegen das sind wir nicht. Eine Reihe von Projekten, weil beim Stück ist ja auch eine Liste dabei, welche Projekte hiermit sozusagen in fixe Formen gegossen werden sollen. Die sind aber noch nicht beschlossen alle, die Projekte sind größtenteils sehr gute Projekte, notwendige Projekte, Sanierungsprojekte, aber eben nicht alles beschlossen und hier haben wir eigentlich einen Vorgriff auf Projekte, die wir dann ja schlecht absagen können, weil es nachher immer heißen wird, ja, haben einen Kredit und bei der Europäischen Investitionsbank muss man die Projekte ja schon miteinreichen. Was wir natürlich sehen ist, dass der Zeitpunkt für Sie speziell, Herr Finanzstadtrat, ein guter ist, eine Sitzung vor dem Budgetgemeinderat, dass man hier bereits budgetwirksame Projekte, und es sind auch solche dabei, nämlich die Eishalle Liebenau, budgetwirksame Projekte einfach

fixieren kann, ohne großes Aufsehen zu erreichen sozusagen, um nur die positive, günstige Konditionsaufnahme über die EIB abfeiern zu können. Die Projekte sind größtenteils, habe ich gesagt, sicher notwendig und gut, aber immer wieder tauchen halt auch, wie man so gerne im Volksmund sagt, ÖVP-Prestige-Projekte hier auf, die man nachher in einem großen Paket einfach mitbeschließen möchte und das ist eben ein Gemeinderatsstück, das aus unserer Sicht abseits der guten Zinskonditionen für uns ganz einfach einen sehr fragwürdigen Inhalt hat, nämlich indem man gewisse Sachen da mithineinverpackt, die man auch nicht extra abstimmen kann aufgrund der Vertragsbedingungen oder Vertragsverhältnisse mit der EIB und deswegen werden wir diesem Gemeinderatsstück die Zustimmung nicht erteilen (*Applaus FPÖ*).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Ich finde die Wortmeldung, ich muss einfach herausgehen, es ist ja unglaublich, wir haben hier die Möglichkeit, einen supergünstigen Kredit abzuschließen, danke auch an die Finanzdirektion, die das ganze einfädelt, wo ganz viel Engagement dahintersteht, dieses Paket zu schüren. Natürlich kann man da reinschauen, was genau drinnen ist, ich weiß zwar nicht, was die F aufregt, wahrscheinlich die Gemeindewohnungen, keine Ahnung, oder irgendeine thermische Sanierung oder Schulausbau, da sind aus jeder Sicht zu 90/95 oder 100 % sinnvolle Dinge drinnen und selbstverständlich sind die einzelnen Projekte nicht beschlossen, sondern die müssen wir noch extra freigeben und hinschauen. Da wird aber ein Eindruck erweckt, dass wir die Projekte beschließen, das stimmt natürlich nicht. Aber hier diese Finanzierung nicht zu nehmen, das wäre ein schwerer Fehler und ich kann mir nicht vorstellen, dass die F wirklich das treibt, was die da jetzt sagt. Vielleicht verlieren die österreichischen Banken ein Geschäft, vielleicht gibt es da irgendwelche Bedingungen oder sonst irgendwas, aber es kann ja wohl nicht sein, dass man dieses Paket nicht nimmt, wo noch dazu ausdrücklich im Finanzausschuss diskutiert worden

ist, wir dürfen auch noch etwas austauschen. Wenn wir draufkommen, das eine oder andere Projekt ist aus irgendeinem Grund nicht notwendig, dann können wir auch ein anderes Projekt reingeben, was den Förderrichtlinien entspricht. Also das ist unglaublich, hier muss irgendwas anderes dahinterstehen, das würde mich schon interessieren, aber für die Grünen ganz klar, danke für das wichtige Projekt und volle Unterstützung (*Applaus ÖVP und Grüne*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Vielleicht nur noch ergänzend, ich kann mir durchaus vorstellen, dass wenn jemand die Projektliste nicht gefällt oder wenn man da Projekte findet, denen man nicht zustimmen kann. Das kann ich durchaus verstehen, aber den Rückschluss zu machen, dass man aus diesem Grund das Geld, das so günstig ist, sicherlich wie wir es bisher nicht hatten, auch nicht haben werden, nicht zu nehmen, das kann ich überhaupt nicht verstehen. Ich möchte auch dazusagen, dass wir das Geld ja nicht in einem abrufen, sondern wir haben Zeit bis zum Jahr 2020, darf ich das noch einmal betonen, wir haben Zeit bis zum Jahr 2020, das Geld abzurufen in verschiedenen Tranchen. Die erste Tranche mit 25 Millionen ist da, also ich kann mich jetzt in dem Fall eigentlich nur meinem Vorredner anschließen, wenn man das Stück genau gelesen hat, dann ist es wirklich unverständlich, wieso man einer derartigen Finanzierung nicht zustimmt (*Applaus ÖVP*).

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

Berichterstatter: GR. Pogner

2) A 8-25167/2006-52

EIB-Finanzierung 2;
Aufnahme 1. Tranche über € 25 Mio.

GR. **Pogner**: Dieses Stück korrespondiert mit dem soeben beschlossenen und es geht um die erste Tranche, um diese 25 Millionen, die wir am Freitag, dem 19.12., abrufen wollen und es gibt eine Liste, wie gesagt, das haben wir beim vorigen Stück schon gehört, wofür diese Investitionen sind und ein Teil dieser Investitionen wird auch für das, was wir heute auch noch hoffentlich beschließen werden, für die Eishalle, zur Verfügung stehen und daher bitte ich um Annahme und erlaube mir nur noch eine Anmerkung. Auf der einen Seite möchte die FPÖ überall Geld ausgeben für den öffentlichen Verkehr und für alles Mögliche andere auch noch und auf der anderen Seite, wenn es darum geht, dass wir uns dafür günstig Geld beschaffen, dann sind sie die Ersten, die auf der Bremse stehen, es ist schon sehr bezeichnend, wenn man sich anschaut, warum das Ganze passiert, dann kann ich mir nur vorstellen, dass da einfach nur politisches Kalkül dahintersteckt und das ist wirklich abzulehnen. Dankeschön (*Applaus ÖVP*).

Der Berichterstatter stellt namens des Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 45 Abs. 3 lit c des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/1967 idF. LGBl.Nr. 87/2013, mit der erforderlichen qualifizierten Mehrheit die Aufnahme der ersten Tranche aus der 90 Mio.-Euro-Finanzierung (EIB 2) über €25 Mio. zu den im Term Sheet genannten Konditionen beschließen.

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

Berichterstatter: GR. Mag. Haßler

11) A 8/2-037979/2006/23

Dringlicher Antrag Nr. 535/2014 im
Gemeinderat, Parkgebührenbefreiung für
Mobile Sozial- und Gesundheitsberufe

GR. Mag. **Haßler**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! In dem Bericht geht es um einen dringlichen Antrag, den wir im Gemeinderat im September 2014 behandelt haben und beschlossen haben. Im Bericht wird darauf eingegangen, dass es derzeit schon Befreiungen gibt aufgrund von Gesetzen normiert und andererseits Befreiungsmöglichkeiten da sind, wo der Gemeinderat einen Spielraum nützen kann, wenn sachlich begründete Ausnahmen möglich sind. Davon wurde auch schon in der Stadt Graz Gebrauch gemacht in der Parkgebührenverordnung 2006. Unter anderem gibt es schon Ausnahmegenehmigungen für MitarbeiterInnen im Bereich der Kanalwartung, ambulanten Pflegedienste im Auftrag der Stadt Graz und Elektrofahrzeuge. Im Bericht wird dann argumentiert, dass derzeit schon über 2.300 Befreiungen bestehen und dass, wenn man die Befreiungen zusammenrechnet mit den Ausnahmegenehmigungen für Anrainerinnen und Anrainer, in Summe die verfügbaren Parkflächen in der Stadt Graz schon jetzt zu 95 % ausgelastet werden. Aus diesem Grund, wird argumentiert, sind zusätzliche Ausnahmegenehmigungen eben nicht mehr möglich, weil sie den Spielraum noch weiter einengen würden und auch der bürokratische Aufwand wird im Stück als sehr groß beschrieben und außerdem, so wird im Stück argumentiert, kann man nicht genau abschätzen, wie viele Betroffene von dieser Ausnahmegenehmigung dann profitieren würden. In Summe wird vorgeschlagen, und das wurde im Finanzausschuss jetzt auch dann mehrheitlich angenommen, dass keine weiteren Befreiungstatbestände mehr in die Grazer Parkgebührenverordnung 2006 aufgenommen werden sollen.

Der Berichterstatter stellt namens des Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle dem Inhalt des Motivenberichtes folgend keine weiteren Befreiungstatbestände in die Grazer Parkgebührenverordnung 2006 aufnehmen.

GR.ⁱⁿ **Schönbacher**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, sehr geehrte Kollegen, sehr geehrte Gäste! Als Allererstes bedanke ich mich recht herzlich bei den Ämtern für diese genaue Aufstellung und Aufschlüsselung aller Daten. Diese Aufschlüsselung bestätigt unsere Weitsicht und deswegen möchte ich mich eigentlich nicht wirklich noch einmal wiederholen, aber wir können nicht nur Ausnahmen schaffen, wir müssen den Parkraum auch bewirtschaften und dazu ist nun einmal ein bisschen ein Geld notwendig. Danke (*Applaus FPÖ*).

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ, KPÖ, Grüne und Piratenpartei) angenommen.

Berichterstatterin: GR.ⁱⁿ Kaufmann

13) Präs. 039789/2014/0010

Rauch- und Alkoholverbot auf
Kinderspielplätzen

GR.ⁱⁿ **Kaufmann**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, hoher Gemeinderat! Wir haben in eine der letzten Gemeinderatssitzungen einen dringlichen Antrag gehabt zum Thema Alkoholverbot beziehungsweise Rauchverbot auf den Spielplätzen, was auch sehr heftig diskutiert wurde im Kinderparlament und deswegen auch wir hier im

Gemeinderatssitzungssaal diskutiert haben. Die Präsidialabteilung hat mit Herrn Mag. Wonisch da eine sehr, sehr gute rechtliche Überprüfung vorgenommen und uns diese auch im Ausschuss präsentiert. Alles im Detail auch verglichen mit anderen Städten, Fakt ist, dass es keine saubere rechtliche Lösung, die wir als Stadt alleine treffen könnten, gibt. Da uns das Thema aber sehr, sehr wichtig ist und ein großes Anliegen ist, haben wir gesagt, wir wollen aber, dass etwas passiert und das getan wird. Deswegen gibt es auch den Zusatzantrag, gleich auch von mehreren Fraktionen, dass wir gerne hätten, dass in einem der nächsten Spielplatz-Jour-fixe, wir haben heute schon gehört, der Spielplatz-Jour-Fixe wird am 2. Dezember stattfinden, die Gemeinderätinnen und Gemeinderäte beziehungsweise das Kinderbüro beziehungsweise die Sucht-Fachstelle VIVID beziehungsweise die Ordnungswache und auch Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter gemeinsam sich auf einen Tisch stellen und sich überlegen, wie diese Schilder ausschauen könnten, wo man auch darauf aufmerksam machen könnte beziehungsweise welche Maßnahmen auch sinnvoll wären, dass sie gesetzt werden, deswegen gibt es auch gleich zum Stück den Zusatzantrag: Über das Ergebnis dieser Beratungen ist in einer gemeinsamen Sitzung des Jugend- sowie Stadt- und Grünraumplanungsausschusses zu berichten. Eine Evaluierung, ob die getroffenen Maßnahmen zur Verbesserungen geführt haben, ist nach ca. einem Jahr ebenfalls dem Ausschuss zu berichten.

Die Berichterstatterin stellt namens des Ausschusses für Verfassung, Organisation, Gender Mainstreaming, Katastrophenschutz und Feuerwehr, internationale Beziehungen und Menschenrechte den Antrag, der Gemeinderat wolle den vorliegenden Informationsbericht zur Kenntnis nehmen.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Ich wollte nur noch ergänzen, also danke einmal, Tina Kaufmann, für die Erbringung von diesem Zusatzantrag, den wir ja gemeinsam vorher auch textuell gemacht haben. Erfreulich, obwohl die rechtliche Lage halt komplexer ist als wir das gehofft haben, dass jetzt schon Maßnahmen gemacht werden, um dem Wunsch des Kinderparlaments, der Vertreterinnen des Kinderparlaments zu entsprechen, dass für die Spielplätze geschaut wird, dass die Rauch- und Zigarettenstummelbelästigung plus die Alkohol- oder Flaschen-/Scherbenbelästigung verringert wird. Es ist höchst erfreulich, dass das Kinderparlament in dem Punkt von uns ernst genommen wird. Ich danke da auch dem jetzt gerade nicht anwesenden Stadtrechnungshofdirektor, der mit seinem Bericht damals anlässlich des Jubiläums vom Stadtrechnungshof statt Party zu machen, genau das als Geschenk der Stadt gegeben hat, dass dieses Anliegen vom Kinderparlament berücksichtigt wird und bin auch froh, dass ihr meine Ergänzung aufgenommen habt, dass die Überwachung oder wie auch immer, nicht jetzt rein ausschließlich von der Ordnungswache usw. passiert, sondern dass bei Bedarf eben auch SozialarbeiterInnen einbezogen werden und vor allem, dass das die VertreterInnen vom Kinderparlament in diesem Jour-Fixe oder im Vorfeld auch noch einmal um ihre Meinungen gefragt werden, damit sie sehen, dass ihre demokratischen Aktivitäten, dass die bei uns Gehör finden. Also danke an alle Beteiligten.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer**: Geschätzte Frau Vizebürgermeisterin, geschätzte Kollegen und Kolleginnen, Zuhörer und Zuhörerinnen auf der Tribüne! Als Antragstellerin des ursprünglichen dringlichen Antrages freue ich mich, dass es jetzt zu dieser Lösung auch gekommen ist. Die Stellungnahme des Präsidialamtes besagt ja, kurz gesagt, dass eine gesundheitspolizeiliche Verordnung nicht möglich ist oder zumindest dass starke Bedenken dagegen vorliegt. Ich denke, diese rechtliche Stellungnahme muss

man so natürlich zur Kenntnis nehmen. Allerdings ist es ganz, ganz wichtig und deswegen freue ich mich, dass wir jetzt auch so breit dann zu dieser Lösung gekommen sind, ist es wichtig, den politischen Willen, und dieser politische Wille ist in diesem Fall ganz eindeutig auch der Wunsch der Bevölkerung und der betroffenen jungen und älteren Menschen. Ich habe zum Beispiel seit dem Antrag ganz, ganz viele Rückmeldungen auch von jungen Eltern bekommen, die wieder darauf hingewiesen haben, dass das ein Problem auf Spielplätzen ist und es ist, glaube ich, ganz wichtig, dass wir hier als demokratisches Gremium versuchen, Lösungen zu finden und mit dieser Jour-Fixe-Lösung und dem gemeinsamen, auch dem Einbeziehen des Kinderparlaments und VIVIT und Experten und Expertinnen wird es, glaube ich, gelingen, hier Maßnahmen zu treffen, die schlussendlich zu demselben Ziel führen, zu dem die ortspolizeiliche Verordnung führen hätte sollen, die aber in diesem Fall offensichtlich nicht das richtige Mittel war. Ich hoffe, dass auch dieser Antrag jetzt auch einstimmig angenommen, so wie der ursprüngliche Antrag einstimmig angenommen worden ist und danke auch allen, die daran mitgearbeitet haben (Applaus SPÖ).

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag der ÖVP wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatterin: GR.ⁱⁿ Mag.^a Schleicher

14) A 2-005579/2013

Gemeindejagden in Graz,
Aufteilung des Pachtzinses für das
Jagdjahr 2014/2015

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher**: Im vorliegenden Stück geht es um die Gemeindejagden in Graz, Aufteilung des Pachtzinses für das Jagdjahr 2014/2015. Der Gemeinderat der Landeshauptstadt wolle beschließen: Der für das laufende Jagdjahr für die Grazer Gemeindejagdgebiete erzielte Jagdpachtzins wird unter Zugrundelegung des Flächenausmaßes der in das jeweilige Gemeindejagdgebiet einbezogenen Grundstücke gemäß § 21 Abs. 1 des Steiermärkischen Jagdgesetzes, wie in der beiliegenden Kundmachung angeführt, auf die Grundeigentümer aufgeteilt. Die Grundeigentümer dieser Jagdgebiete haben ihre Anspruchsberechtigung durch Vorlage eines Grundbuchsauszuges, der nicht älter als sechs Monate sein darf, beim Magistrat Graz, BürgerInnenamt, darzulegen. Anteile, die nicht sechs Wochen nach der Kundmachung dieses Gemeinderatsbeschlusses behoben wurden, verfallen gemäß § 21 Abs. 3 leg. cit. zugunsten der Gemeindekasse. Ich bitte um Annahme.

Die Berichterstatterin stellt namens des Stadtsenates den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der für das laufende Jagdjahr für die Grazer Gemeindejagdgebiete erzielte Jagdpachtzins wird unter Zugrundelegung des Flächenausmaßes der in das jeweilige Gemeindejagdgebiet einbezogenen Grundstücke gemäß § 21 Abs. 1 des Steiermärkischen Jagdgesetzes 1986, LGBl.Nr. 186/23 idF. LGBl.Nr. 2013/87, wie in der beiliegenden Kundmachung angeführt, auf die Grundeigentümer aufgeteilt.

Die Grundbesitzer dieser Jagdgebiete haben ihre Anspruchsberechtigung durch Vorlage eines Grundbuchsauszuges, der nicht älter als sechs Monate sein darf, beim Magistrat Graz, BürgerInnenamt, Amtshaus, Schmiedgasse 26, 3. Stock, Tür 315, darzulegen.

Anteile, die nicht sechs Wochen nach der Kundmachung dieses Gemeinderatsbeschlusses behoben wurden, verfallen gemäß § 21 Abs. 3 leg. cit. zugunsten der Gemeindekasse.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Stadtrat Hohensinner, MBA übernimmt um 13.55 Uhr den Vorsitz.

Berichterstatterin: Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck

15) A 5-054817/2014

Brennstoffaktion/Weihnachtsbeihilfenaktion 2014

1.) Brennstoffaktion auf Fipos.

1.4290.403400 „Handelswaren, Brennstoffaktion“ € 660.000,-

2.) Weihnachtsbeihilfenaktion auf der

Fipos 1.42910.768100 „Sonst. lfd. Transferleistungen an priv. Haushalte“ € 550.000,-

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Es geht um die Brennstoffaktion und die Weihnachtsbeihilfenaktion, die vom Sozialamt ja jährlich durchgeführt werden, die ja auch seit zwei Jahren, Gott sei Dank, nicht mehr extra angesucht werden müssen, sondern an das Leistungspaket der SozialCard anschließen. Die Höhe des Heizkostenzuschusses beträgt 65 Euro pro Haushalt und die Weihnachtsbeihilfe ebenso pro Haushalt 50 Euro, für Haushalte mit ein bis drei Personen ab der vierten Person erhöht sich dann diese Weihnachtsbeihilfe um 10 Euro pro Person.

Bezugsberechtigt sind Haushalte, die am Stichtag 5.12.2014 eine gültige SozialCard besitzen. Es ergibt sich damit ein Aufwand beim Heizkostenzuschuss von 660.000 Euro und bei der Weihnachtsbeihilfe um 550.000 Euro. Ich möchte daher den Antrag stellen, der Gemeinderat wolle im Sinne des Motivenberichtes die Aufwandsgenehmigung über 660.000 Euro Brennstoffaktion und 550.000 Euro Weihnachtsbeihilfenaktion erteilen. Nachdem wir gestern schon im Ausschuss darüber gesprochen haben und die freiheitliche Partei bei dieser Sozialleistung so nicht dabei sein wird, sondern einen Abänderungsantrag einbringen wird...

Zwischenruf unverständlich.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Genau, und damit aus meiner Sicht auf höchst illegalen Pfaden dahinwandelt, möchte ich schon noch einmal daran erinnern, was da alle geloben, wenn sie dem Bürgermeister in die Hand geloben, nämlich wenn sie hier das Amt des Gemeinderates übernehmen. Da steht ganz klar drinnen gewissenhafte Beachtung der Gesetze. Vielleicht denkt ihr da noch einmal genau drüber nach, bevor ihr euren Abänderungsantrag einbringt, den ich, wie gesagt, nicht nur legal anzweifle, sondern den ich auch menschlich äußerst verachtenswert finde. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Schönbacher**: Wir sind auf keinen Fall menschenverachtend, aber wir gehen sehr überlegt mit den Geldern um, die wir von unseren Steuerzahlern erhalten und

das erwarten die Steuerzahler von uns auch (*Applaus FPÖ*). Der Heizkostenzuschuss, der Mehraufwand im Gegensatz zum Vorjahr sind um die 100.000 Euro heuer und auch die Weihnachtsbeihilfe Mehraufwand auch um die 100.000 Euro heuer. Das ist wesentlich mehr als im Vorjahr, das sind 200.000 Euro und das sind Steuergelder. Wir arbeiten im Sinne der Sparsamkeit, der Wirtschaftlichkeit und der Zweckmäßigkeit. Wirtschaftlichkeit ist mir klar, das geht im Sozialen nicht, aber trotz alledem im Sinne der Sparsamkeit können wir unsere freiwilligen Leistungen auch frei entscheiden, wem wir diese geben wollen (*Applaus FPÖ*), zusätzlich im Sinne der Zweckmäßigkeit einen Weihnachtszuschuss, wir sind natürlich für den Weihnachtszuschuss, weil uns Tradition wichtig ist und die Menschen, die diese Tradition wahren, sollen diesen Weihnachtszuschuss natürlich auch bekommen. Deshalb stelle ich folgenden Abänderungsantrag: Der Gemeinderat wolle beschließen: Der Antragstext des im Betreff genannten Stücks wird dahingehend abgeändert, dass die Leistungen ausschließlich österreichischen Staatsbürgern sowie EU-Bürgern, die in Graz ihren Wohnsitz haben, angeboten werden. Ich bitte um Annahme (*Applaus FPÖ*).

Bürgermeisterstellvertreterin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck übernimmt um 14.05 Uhr den Vorsitz.

Der Abänderungsantrag der FPÖ wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Punkt 1 der Tagesordnung wurde einstimmig angenommen.

Der Punkt 2 der Tagesordnung wurde mit Mehrheit (gegen Teile der FPÖ) angenommen.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Also wirklich, Herr Klubobmann, jetzt wird es langsam lächerlich. Jetzt haben wir die zwei Punkte abgestimmt und jetzt ist es vorbei. Wir kommen zum nächsten Tagesordnungspunkt.

GR. Mag. **Sippel** (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*): Wir haben Anspruch auf eine....

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Lies einmal den Antragstext durch. Wir stimmen über den Antragstext ab.

GR. Mag. **Sippel**: (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*) ...oder ausländische Personen ... und dagegen sind wir, dass die das auch beziehen können. Ganz einfach.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Entschuldigung, dann müsst ihr das Stück ablehnen. Also noch einmal ganz langsam zum Mitschreiben. Es gibt ein Stück mit einem

Antragstext und über diesen Antragstext stimmen wir hier herinnen im Gemeinderatssitzungssaal ab. Es ist eigentlich relativ einfach. Es gibt im Punkt 1 660.000 Euro Brennstoffaktion und im Punkt 2 500.000 Euro Weihnachtsbeihilfenaktion. Die Frau Kollegin Schönbacher hat gemeint, für die Weihnachtsbeihilfenaktion ist sie aus Tradition, das heißt, sie müssten eigentlich für den Punkt 2 stimmen, haben jetzt aber für den Punkt 1 gestimmt. Es gibt jetzt keine Wortmeldungen.

GR. Mag. **Sippel** zur Geschäftsordnung: Also noch einmal. Wir haben einen Abänderungsantrag eingebracht, der ist nicht durchgegangen. Es gibt zwei Punkte in diesem Stück, zu denen bekennen wir uns, ich möchte nur im Protokoll, und das ist meine Meldung zur Geschäftsordnung, festgestellt haben, dass wir uns zu allen Punkten, die da auch im Motivenbericht drinnen sind, bekennen, auch was den Anspruch auf die SozialCard betrifft, bekennen, nur nicht auf den Zusatz, wenn da im letzten Punkt von den fünf Punkten steht, österreichische Staatsbürger oder ausländische Personen mit einem über drei Monate gültige Aufenthaltstitel usw. Wir bekennen uns dafür, dass das an österreichische Staatsbürger und EU-Bürger ausgezahlt wird, aber eben nicht an die ausländischen Personen, das will ich einfach im Protokoll drinnen haben und so können wir dem Antrag in diesen beiden Punkten auch zustimmen (*Applaus FPÖ*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Das ist jetzt ein politisches Statement gewesen. Nachdem die Freiheitlichen vorher offensichtlich nicht ganz sicher war, was wir da

beschließen, mache ich jetzt die letzte Abstimmung über diesen Tagesordnungspunkt.

Der Abänderungsantrag der FPÖ wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) abgelehnt.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** zur Geschäftsordnung: Hoher Gemeinderat, ich hoffe, es wird bei dieser Sache klarer, es ist auch klarer, und zwar hat der Herr Finanzdirektor, nachdem wir das Stück über den 25 Millionen Euro Kredit der EIB positiv abgestimmt einmal, also das Stück genehmigt haben. Wie wir das schon kennen, den Kontakt aufgenommen, um den aktuellen Zinssatz zu erfahren, den er jetzt bestätigen muss. Ich darf Sie informieren, dass für diesen 30-jährigen Kredit einen Fixzinssatz inklusive Aufschlag von 1,903 % gegeben ist. Das heißt, wir bekommen diese 25 Millionen Euro auf 30 Jahre zu einem Bruttozinssatz von 1.903 %, das ist, denke ich, unschlagbar billig (*Applaus ÖVP*).

Berichterstatterin: StR.ⁱⁿ Rücker

16) A 7-4113/2014-2

Bericht über die Aktualität des Konzeptes
„Strategien der Stadt Graz für eine
wirksame Suchtpolitik“ aus dem Jahr
2001; Informationsbericht

StR.ⁱⁿ **Rücker**: Liebe Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, werte Stadtregierung! Eine Frage muss ich jetzt doch zur vorhergehenden Diskussion noch in den Raum stellen, weil sie bleibt im Raum hängen, wenn die Diskussion immer ist bei der FPÖ: unser Geld für unsere Leute. Ich glaube, bei der FPÖ ist noch nicht einmal angekommen, wie das österreichische Steuersystem funktioniert, denn das ist doch eine eigentlich sehr offensichtliche Sache, dass alle, die in Österreich leben, ob sie hier einkaufen, ob sie hier arbeiten, ob sie selbständig sind, in diesen Steuertopf einzahlen, deswegen kann ich eigentlich dieser Rechnung auch nie ganz folgen (*Applaus Grüne*). Aber ich komme jetzt zur Berichterstattung zu dem Informationsbericht der dankenswerterweise im Ausschuss sehr sachlich diskutiert wurde und auch einstimmig angenommen wurde. Es war mir das Anliegen, nachdem die Suchtstrategie in der Stadt Graz auf der Jahreszahl 2001 beruht und damit vielen Gemeinderäten und Gemeinderätinnen, die damals eben nicht da waren, nicht ganz so bekannt war, war das Anliegen einerseits, diese an die Gemeinderätinnen/Gemeinderäte heranzutragen und andererseits hinzuschauen, was sich in der Zwischenzeit geändert hat, was aus dem suchtpolitischen Strategiepapier von damals heute noch gültig ist beziehungsweise, wo man ansetzen muss für die Zukunft. Ich möchte in dem Zusammenhang dem Suchtkoordinator der Stadt, Ulf Zeder, auch ein herzliches Dankeschön aussprechen (*allgemeiner Applaus*), der hier wesentlich die Aufgaben übernimmt und auch dafür gesorgt hat, dass dieser Informationsbericht einerseits den aktuellen Stand der Debatte in den Fachkreisen widerspiegelt, auf der anderen Seite auswertet, welche der Maßnahmen, die damals beschlossen wurden, in welcher Form umsetzbar waren, umgesetzt wurden beziehungsweise auch nicht gegriffen haben und aufzeigt, in welche Richtung es gehen könnte. Ich möchte nochmals ganz klar hier herinnen sagen, es geht um einen Informationsbericht, der hinschaut auf das, was bisher geschah und was aktuell an Herausforderungen da ist. In den nächsten Monaten geht es dann jetzt darum aufbauend auf dieser Suchtstrategie, die sich als haltbar erweist in Grundzügen, über

weiter in der Folge umsetzbare Maßnahmen auch zu diskutieren, die werde ich dann jeweils in den Ausschuss einbringen und auch in den Gemeinderat. Was ich an der Stelle machen möchte, ist eine Einladung auszusprechen, nachdem es eben gerade im Bereich der Schadensminimierung, das ist ein Ansatz, der ja auch aus dem bisherigen Suchtkonzept als erfolgreich gesehen werden kann, inzwischen einige neue Ansätze gibt um uns herum in Europa. Es gibt auch aus österreichischer, nationaler Ebene eine Diskussion darüber, hier neue Wege zu gehen, würde ich gerne einladen im kommenden Jahr eine Bildungsreise, wenn es Interesse gibt, die eine oder andere Einrichtung im näheren Nachbarumfeld, ob Schweiz oder Deutschland, sich näher anzuschauen. Wenn es dazu Interesse gibt, können wir dazu gerne im Ausschuss näher sprechen. Aber nun zum Bericht. Ich versuche, kurz herauszugreifen, was sich als tatsächlich wirksam erwiesen hat. Das eine ist, dass wir eben im Bereich der Schadensminimierung, das heißt, einerseits Akzeptanz von Sucht als Krankheit und auf der anderen Seite aber trotzdem dafür zu sorgen, und das ist auch die öffentliche Aufgabe, dass Menschen nicht ins Elend abrutschen, dass die gesundheitliche Vorsorge und gesundheitliche Betreuung in den Vordergrund gerückt wird und dass ein menschenwürdiges Leben unterstützt wird. Dazu gab es einige Maßnahmen. Ich greife im Besonderen heraus zum Beispiel, dass der Kontaktladen und die Drogenstreetwork aufgebaut wurden, dass es das Substitutionsprogramm inzwischen gibt, dass es eine Drogentherapieeinrichtung gibt, die hier ansetzt. Für uns als Stadt großes Thema wird in der Zukunft sein und das möchte ich hier noch einmal erwähnen, weil wir gerade die Gespräche begonnen haben, das ist die zukünftige Finanzierung in dem Bereich. Was sich leider herausstellt ist, dass die Finanzierung momentan sehr stark zwischen Land und Stadt getragen wird und die Sozialversicherungsträger hier noch sehr minimal beteiligt sind. Das ist ein Ziel in den nächsten Monaten, dazu gibt es auch schon Gespräche, mit dem zuständigen Landesrat wird sein insbesondere für den Bereich der Substitution, wo wir an die Grenzen der Auslastung schon gestoßen sind, hier auch zusätzliche Mittel an Land zu

ziehen, denn wir sehen es als Betreuung im Bereich einer gesundheitlichen Behandlung und hier sind die Sozialversicherungsträger bisher etwas schuldig geblieben. Für die Zukunft gilt auch, dass das Thema Sucht als Querschnittsmaterie gesehen wird und wir aus der bisherigen Arbeit sehen, dass vor allem in klassischen Regelinstitutionen dem Thema noch sehr wenig Umgang damit gefunden wurde. Ein Ansatzpunkt wird sein, eine tätigkeitsbezogene Ausbildung auch jenen Bereichen in der Stadt und in den stadtnahen Einrichtungen anzubieten, die damit dann mit Konsumierenden, die sie ja ebenfalls als Kunden und KlientInnen haben, einen besseren Umgang entwickeln können. Wichtig ist, dass die stärkere Einbindung von Betroffenen eine größere Rolle spielen werden muss in Zukunft. Das andere Thema ist Kommunikation, letztlich geht es um Inklusion auch in diesem Feld, wir reden einerseits von legalen und illegalisierten Drogen. Insgesamt geht es darum, dass Menschen, wenn sie Konsumierende sind, wenn sie abhängig sind und damit suchtkrank sind, einem größeren Risiko ausgesetzt sind rauszufallen, bis hin zu erhöhtem Risiko in der Gesundheit bis zum Tod, dass eine Inklusionsstrategie hier ein wesentlicher Ansatz sein wird und es geht um Wohnen, es geht um Arbeiten, es geht ums Nicht-Hinausfallen aus Schule und Ausbildung, das ist ein Bereich, dem ein stärkeres Augenmerk gewidmet werden muss. Schadensminimierung ist weiterhin, wie gesagt, ein Ansatz, der in aufsuchender und spezialisierter Form weiter ausgebaut werden muss. Die Niederschwelligkeit ortsnaher Hilfen, wir haben inzwischen einige Stadtteilansätze in der Stadt, also es wird auch darum gehen, stärker in die Stadtteile vor Ort zu gehen und die eine oder andere Einrichtung mit stärkerer Kompetenz auszustatten. Ordnungspolitisch möchte ich darauf auch zurückkommen, denn Sucht wird oft rein auf der ordnungspolitischen Ebene diskutiert. Es gibt hier einiges an Gelingendem, wenn man heute mit Polizisten/Polizistinnen, aber auch mit StreetworkerInnen redet, dann weiß man, dass hier in den letzten Jahren schon viel an Vernetzung passiert ist und ein höheres Verständnis im gemeinsamen und auch gegenseitig abgestimmten Agieren

stattgefunden hat, hier wird auch weiterhin notwendig sein, zusammenzuspielen. Ich denke, ein Beispiel könnte sein, rund um den Volksgarten, wo ja jetzt begonnen wurde eine spezielle Arbeitsgruppe einzurichten, die sich mit dem Thema Hot Spots und öffentlicher Raum in einer integrativen Form und in einer interdisziplinären Form auseinanderzusetzen. Auch das wird letztendlich über diesen Zugang, den wir aus dem bisherigen Suchtkonzept kennen, natürlich bestätigt. Ich ersuche, den Bericht im Gemeinderat auch anzunehmen und freue mich auf weitere spannende Diskussionen, wenn wir dann auf die Maßnahmenebene für die nächsten Jahre gehen. Danke (*Applaus Grüne*).

Die Berichterstatterin stellt namens des Ausschusses für Umwelt und Gesundheit den Antrag, der Gemeinderat wolle den gegenständlichen Informationsbericht über die Aktualität des Konzeptes „Strategien der Stadt Graz für eine wirksame Suchtpolitik“ zur Kenntnis nehmen.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher**: Wir nehmen den vorliegenden Bericht, wie im Ausschuss besprochen, zwar zur Kenntnis, weil es ist eben ein Informationsbericht. Ich möchte allerdings an dieser Stelle jetzt schon deponieren, dass wir in vielen Punkten und vor allem bei vielen Ansätzen absolut anderer Meinung sind, wie sie im Bericht skizziert werden. Im Bericht wird gleich eingangs erwähnt, dass auf den Köpfen der betroffenen Menschen nicht Politik und Ideologie betrieben werden soll, da bin ich absolut dieser Meinung, es ist ein sensibles Thema, das kann ich so aber nur zurückgeben. Weil wenn man sich gewisse Ansätze im Bericht anschaut, strotzt er, meiner Meinung nach, nur so von grüner Ideologie (*Applaus FPÖ*). Es fehlt mir in der Wortmeldung wirklich die Zeit, auf alle Ansätze und Aussagen, die im Bericht das

untermauern, einzugehen. Aber im Endeffekt läuft es auf zwei Dinge hinaus: einmal eine absolute Verharmlosung der Problematik, eine absolute Verharmlosung einzelner Drogen beziehungsweise Substanzen und im Endeffekt zu einer gewünschten Legalisierung. Dass Cannabis verharmlost wird, ist nichts Neues, nachdem die Grüne Jugend vor Schulen schon für den Drogenmissbrauch Werbung gemacht hat, aber dass die Verharmlosung jetzt auch vor anderen Substanzen nicht Halt macht, dazu möchte ich die Seite 15 oder auf Seite 15 zitieren: „Viele Substanzen begleiten Mythen über ihre Gefährlichkeit, diese Mythen sind im Allgemeinen noch nicht als solche erkannt worden. Fehleinschätzungen sind hier tägliche Routine.“

So quasi, es ist eh alles nur halb so wild und der moderate Cannabiskonsum wird im Bericht tatsächlich mit Lärmerzeugung verglichen. Ein weiterer Ansatz oder ein weiterer Satz im Bericht, Hilfe statt Strafe, dem kann ich auch nichts abgewinnen, weil die betroffenen Menschen, Suchtkranke natürlich, arm sind, Hilfe benötigen und erhalten sollen, steht ja wohl außer Frage. Aber Hilfe und Strafe das schließt sich ja gegenseitig nicht aus. Weil wir haben Gesetze, an die wir uns halten müssen, Drogenaneignung, Drogenbesitz, Drogenhandel, all das sind strafbare Handlungen und dazu kann ich nur gebetsmühlenartig eine freiheitliche Forderung wiederholen: Wir brauchen mehr Exekutive, mehr Polizei in der Stadt. Zur Legalisierung von weiteren Substanzen kann ich nur sagen, wir haben genug legale Suchtmittel, wie zum Beispiel den Alkohol und der Alkoholmissbrauch ist eine Problematik, eine gesellschaftliche Problematik, die sicher nicht zu unterschätzen ist. Und deshalb brauchen wir nicht noch weitere legale Versuchungen. Zum Schluss möchte ich noch auf einen weiteren, in meinen Augen, haarsträubenden Ansatz eingehen und zwar Abstinenz, Suchtfreiheit als Illusion und das in Bezug auf illegale Drogen. Dass das Ziel einer jeden Behandlung, einer jeden Therapie, die Suchtfreiheit sein sollte, steht für mich außer Frage (*Applaus FPÖ*). Wie man zu diesem Weg kommt oder dass es mehrere Wege gibt, um zu diesem Ziel zu kommen, dass diese Wege individuell gestaltet gehören, auf den betroffenen Menschen zugeschnitten gehören, das steht

für mich auch außer Frage. Aber Suchtfreiheit darf nicht als Illusion betitelt werden, das finde ich nicht seriös und spiegelt für mich eine gewisse Art von Resignation der zuständigen Stellen wider. Unserer Meinung nach sollte der Prävention noch ein viel, viel höherer Stellenwert gegeben werden und ich bin schon gespannt auf die konkreten oder den konkreten Maßnahmenkatalog, der in Zukunft noch kommen soll (*Applaus FPÖ*).

GR. **Vargas:** Sehr geehrte Damen und Herren, liebe KollegInnen! Ich kann mich, glaube ich, als Suchtexperte wie der Herr Dr. Zeder auch bezeichnen. Ich habe 20 Jahre lang im internationalen und nationalen Sektor gearbeitet. Man muss schon differenzieren. Wenn in diesem Bericht drinnen steht, die suchtfreie Gesellschaft gibt es nicht, dann müssen wir es so zur Kenntnis nehmen, denn dann müssen wir beginnen beim Thema Alkohol, Tabak, die abzuschaffen, das ist einmal ein kleiner Hinweis, wo wir dann ansetzen müssten. Und es ist natürlich eine Erkenntnis von Fachleuten, es gibt eine Gesellschaft, unsere Gesellschaft wird das nicht schaffen, dass wir suchtfrei werden, leider. Andererseits versuchen wir durch diesen Paradigmenwechsel, das zu erreichen, nämlich, dass die Menschen, die Betroffenen Hilfssysteme ansteuern können und die Hilfssysteme können wir ausbauen. Zustimmung möchte ich der Kollegin Astrid Schleicher in dem Punkt, wo sie sagt, na gut die Prävention und da gibt es in Österreich natürlich ein großes Defizit. Wir geben in Österreich 7 Millionen Euro für Prävention aus und da ist die Frage, ob man diese Mittel im Bundesministerium nicht aufstockt auf das Doppelte, weil das müsst ihr euch vorstellen, sieben Millionen für das ganze Bundesgebiet, das ist ein Euro pro Österreicher, dass wir für diesen Bereich ausgeben. Wenn man bedenkt, wie hoch das Risiko ist im Bereich Alkohol, im Bereich Tabak und welche Folgeschäden wir daraus haben. Sofern würde ich dafür plädieren, diesen Bericht nicht als grüne

Ideologie zu sehen, es ist eine fachmännische Ausrichtung, die man endlich nach 30/40 Jahren erkannt hat. Danke (*Applaus Grüne*).

StR.ⁱⁿ **Rücker**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin! Ich möchte auf einen Punkt eingehen, weil ich glaube, dass es missverständlich gelesen wird, wenn hier Legalisierung oder Illegalisierung als Zielsetzung thematisiert wird, das ist überhaupt nicht die Aufgabe eines Gemeinderates, das ist eine Bundesfrage. Aber was versucht wurde in dem Bericht ist, wenn man bewertet, wie Menschen betroffen sind von einer Sucht, dann hilft die Einteilung in illegale oder legale Substanzen nicht, weil wir brauchen eine gute Behandlung für Leute, die unter Glücksspiel und der Sucht leiden genauso wie für Leute, die Alkoholprobleme haben, genauso für Leute, die unter den illegalisierten, rein rechtlich so definierten Drogen leiden, aber wir brauchen da Ansätze, die eben an der Person gehen und das war der Versuch, das zu erläutern, dass die Hilfestellung, das Trennen an einer bestimmten Linie nichts nutzt, wenn man auf die Menschen zugeht und das war der Versuch in diesem Bericht, so zu erläutern. Das Zweite, was ich doch noch kurz aufgreifen will neben all den Dingen, dass es ein ideologischer Bericht ist, es ist ein Bericht, der sich auf der aktuellen Fachdiskussion in Österreich bewegt, die ja in einer sehr spannenden Studie, die gerade erst letzten Jahres auf den Tisch gekommen ist, vom damaligen Gesundheitsminister Stöger noch beauftragt, die sich in einer Vorbereitung einer nationalen Suchtpräventionsstrategie befindet, wo alle, von allen Ebenen, ob das Universitätsprofessoren waren, ob das Leute waren, die im Streetworkbereich sind, ob das Leute waren, die in Therapieeinrichtungen arbeiten, zusammengetragen wurde, was heute State of the Art ist und wo Ansatzformen sind. Und Ulf Zeder hat einige dieser Diskussionen, erstens war er selbst mitbeteiligt als Suchtkoordinator der Stadt Graz, es war auch der Landessuchtkoordinator mit dabei, eine dieser Diskussion versucht, auf eine

kompakte Form zu bringen, dass man sieht, wo man heute steht. Zum Thema Abstinenzfreiheit, Abstinenzfreiheit als alleiniges Ziel einer Behandlung einer Person zu sehen, hat sich als eine Fehlannahme erwiesen, denn ich versucht es an einem kleinen Beispiel zu machen. Wenn Menschen Perspektiven und Möglichkeiten finden, einen Ersatz zu entwickeln für das, was ihnen die Droge in dem Moment gibt, dann kann das gelingen. Aber es kann auch gelingen in einem geringeren Ausmaß, einen anderen Umgang damit zu finden, um trotzdem ein menschenwürdiges Leben zu finden und dann aus dem heraus womöglich eine andere Sinnentwicklung zu finden, aber es braucht den Zugang, dass Menschen einfach womöglich zu unterschiedlichen Zeitpunkten andere Ansatzpunkte haben. Alleine die Abstinenz als einziges Ziel zu setzen, macht ganz viele zu Scheiternden und damit nicht unbedingt motiviert dranzubleiben. Das heißt, es geht wirklich darum, wie ist der Umgang und wie ist der Zugang zu den Menschen und das ist versucht worden, hier zu erläutern. Wenn am Ende Unabhängigkeit das Ergebnis ist, dann sind wir natürlich alle froh und glücklich, aber es gibt da viele Zwischenformen und Grautöne und das wollten wir herausarbeiten (*Applaus Grüne*).

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatterin: GR.ⁱⁿ Heuberger

17) A 14-K-907/2006-37

07.13-0 Bebauungsplan Liebenauer
Hauptstraße – Engelsdorfer Straße –
Stanglmühlstraße
VII. Bez., KG Engelsdorf
Beschluss

GR.ⁱⁿ **Heuberger**: Werter Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat! Es geht um einen Bebauungsplan, um ein Planungsgebiet in der KG Engelsdorf in Liebenau in der Größe von 36.445 m² und umfassen wird dieses Gebiet von der Conrad-Hopfwieser-Straße – Stanglmühlstraße und der Liebenauer Hauptstraße und am Rande im Westen eigentlich in Zukunft wieder von der Engelsdorfer Straße, die jetzt Baustelle zur Südgürteltrasse ist. Im Grunde gibt es dort viel Entgegenkommen auch von Seiten der Planung und so wurde zum Beispiel der Abstand der Wohngebäude zur Liebenauer Hauptstraße bis maximal 170 Meter eingehalten und es stellt einen überaus großen Gebäudeabstand dar zum bisherigen Siedlungsgebiet. Zusätzlich wurde auch im Norden in zwei Bereichen auf zehn Metern der Abstand vergrößert und durch den gewählten unterschiedlichen Abstand der Baugrenzl意思 von der nördlichen Grundgrenze die Positionierung der punktförmigen Baukörper, davon ist auszugehen, dass sie eigentlich die Besonnung vergleichsweise gut erhalten. Es wurde auch eingegangen auf die Einwendungen, unter anderem auch auf das 4.0 STEK, dass das Stadtentwicklungskonzept in diesem Bereich ein Wohngebiet mittlerer Dichte festlegt. Und in diesem STEK ist ebenso vorgesehen, dass westlich der Engelsdorfer Straße eine begrünte Oberfläche des Südgürtels darstellen wird beziehungsweise aber auch eine Parkfläche eine öffentliche zusätzlich hinzukommt. Es war Wunsch einiger Altbewohner, am Rande des Bebauungsgebietes einen öffentlichen Rad- und Fußweg im neuen Gebiet nicht zu errichten. Er wird aber dennoch kommen, er ist zusätzlich eine Verbesserung, eine Qualitätserhöhung zum bestehenden Wohngebiet in der Conrad-Hopferwieser-Gasse, zumal aufgrund dieses Fuß- und Radweges die Entfernung zu den neuen Baukörpern noch erhöht werden kann und damit eigentlich auch eine zusätzliche Sonnenbeflutung wieder gegeben wird. Ich denke, das sind die wichtigsten Punkte aus dem Erläuterungsbericht. Ich habe hier noch die Einwendungen zur Parkanlage, die eigentlich erwünscht war, dass man sie verschiebt, aber für mich ist diese Parkanlage, das ist ein rein persönliches Empfinden, eigentlich auch noch ein zusätzlicher lebensqualitätserhöhender Aspekt

in einem neuen Wohngebiet. An der Liebenauer Hauptstraße selbst gibt es sogar eine Vereinbarung mit der Landesstraßenverwaltung, wonach dort in Zukunft mit dem neuen entstehenden Wohngebiet auch eine Ampelkreuzung beziehungsweise ein Kreisverkehr errichtet werden wird. Der ruhende Verkehr wird größtenteils in Tiefgaragen untergebracht. Und somit komme ich eigentlich zum Abschluss zum Antrag beziehungsweise zum Beschlussantrag an den hohen Gemeinderat, diesem Bebauungsplan in der Liebenauer Hauptstraße – Engelsdorfer Straße – Stanglmühlstraße zuzustimmen. Ich bitte um Annahme.

Die Berichterstatterin stellt namens des Ausschusses für Stadt- und Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. den 07.13. Bebauungsplan „Liebenauer Hauptstraße – Engelsdorfer Straße – Stanglmühlstraße“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht sowie
2. die Einwendungserledigungen,
3. die Aufhebung des Aufschließungsgebietes Nr. 14.05.

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüschi übernimmt um 14.25 Uhr den Vorsitz.

Berichterstatter: GR. Dipl.-Ing. Topf

18) A 14-043934/2011/0013

08.15.0 Bebauungsplan
„Sternäckerweg – Neufeldweg“
VIII. Bez., KG Graz-Stadt-Messendorf
Beschluss

GR. Dipl.-Ing. **Topf**: Bei diesem Bebauungsplan geht es um den 08.15.0 Bebauungsplan Sternäckerweg – Neufeldweg und ich gehe auch vom Erläuterungsbericht ausgehend auf die Einwendungen, auf die wesentlichen Einwendungen ein. Das ist einerseits eine sehr wichtige und für die angrenzende Bevölkerung, glaube ich, entscheidende Reduktion im Norden zum Sternäckerweg hin, dass also hier die ursprünglich vorgesehenen drei Stockwerke auf zwei Stockwerke reduziert werden, sodass auch beim vorhergehenden Stück die Lichtsituation, die Besonnungssituation wesentlich verbessert wird, also das heißt, die Reduktion von drei Stockwerken auf zwei Stockwerke in Richtung Norden zum Sternäckerweg hin und ein Punkt, der gestern noch andiskutiert wurde, ist nämlich auch die Regelung der Abtretung von Rad- und Gehwegflächen für ein Grundstück, wo wir diese Zustimmung im Bebauungsplan noch nicht konkret erhalten haben, aber wo es möglich ist, im Bauungs- beziehungsweise im Bauverfahren hier die entsprechenden Regelungen zu treffen. Diese zwei Punkte scheinen mir die wesentlichsten Punkte zu sein, sodass ich gleich direkt hier zum Antragstext komme: Der Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung stellt daher gemäß § 63 Abs. 2 Raumordnungsgesetz 2010 den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen, die Teilaufhebung des Aufschließungsgebietes für die KG Graz-Messendorf, Grundstücksnummer 933/1, 933/3 bis 933/4, nämlich als Ausweisung eines vollwertigen Baulandes in reines Wohngebiet, der Punkt zwei, den 08.15.0 Bebauungsplan Sternäckerweg – Neufeldweg bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht sowie die Einwendungserledigungen zu beschließen. Ich ersuche um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Stadt- und Grünraumplanung gemäß § 63 Abs. 2 Stmk. ROG 2010 den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. die Teil-Aufhebung des Aufschließungsgebietes (KG Graz Stadt-Messendorf, Nr.: 933/1, 933/3, 933/4)
2. den 08.15.0 Bebauungsplan „Sternäckerweg – Neufeldweg“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht sowie
3. die Einwendungserledigungen beschließen.

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit (gegen Piratenpartei) angenommen.

Berichterstatter: GR. Haberler

19) A 14-018614/2008-0009

17.15.0 Bebauungsplan
„Schwarzer Weg – Gewerbegebiet“
XVII. Bez., KG Webling
Beschluss

GR. **Haberler**: Natürlich zum Schwarzen Weg rede ich, geschätzter Herr Gemeinderat. Es geht um ein Gewerbegebiet zum Schwarzen Weg. Planungsinteresse beziehungsweise Sicherung für Planungsinteressen haben die Firma ■■■ und ■■■ kundgetan. Es ist so, dass im Westen und Süden des Planungsgebietes eine Schallschutzwand gebaut werden soll, es gibt dafür ein Gutachten, diese wird begründet. ■■■ möchte eventuell also die bestehende Halle erweitern. Am Schwarzen Weg – Poppmeierstraße Möglichkeit wird für Spar geschaffen dort eines Parkhauses. Die Fresenius GmbH möchte am westlichen Teil eine Halle errichten, am nördlichen

Teil ein Bürogebäude und im Süden ein Parkhaus, es hat vier Einwendungen gegeben, die betrafen die Erdgasleitung und eine davon war aus der Nachbarschaft, sie ging gegen die Höhe und das Heranrücken der Lärmschutzwand, auf das wurde reagiert und die Baugrenzlinien von sieben auf zehn Meter erweitert. Der Bebauungsgrad bei ■■■ ist 65 %, bei ■■■ 46 %. Die Gebäude werden mit Gründächern versehen. Ich bitte um Annahme des Stückes.

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Stadt- und Grünraumplanung gemäß § 63 Abs. 2 Stmk. ROG 2010 den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. die Teil-Aufhebung des Aufschließungsgebietes: Gste.Nr. 352/4, 352/15 und 352/16, KG 63125 Webling
2. den 17.15.0 Bebauungsplan „Schwarzer Weg – Gewerbegebiet“, bestehend aus dem Wortlaut, der zeichnerischen Darstellung samt Planzeichenerklärung und dem Erläuterungsbericht sowie
3. die Einwendungserledigungen.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt 14.35 Uhr den Vorsitz.

GR. **Dreisiebner:** Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, lieber Gerhard Haberler! Die Dächer werden nicht nur grün eingefärbt oder was auch immer oder mit grünem Material versehen, sondern sie werden begrünt. Aber deswegen habe ich mich nicht gemeldet, du hast es eh so gemeint. Wir haben uns

sehr viel überlegt zu diesem Bebauungsplan und lange diskutiert. Damit will ich jetzt nicht hinter dem Berg halten. Es ist natürlich im Umfeld einiges an Wohngebiet, im Süden vor allem, es ist dort sehr wichtig, dass ansitzende Firmen Erweiterungsflächen für die Zukunft haben, sowohl ■■■ als auch die ■■■ und weniger teile ich oder teilen wir die Sorge der Einwander, die im Süden dieses ■■■-Projekt mit etwa 31 Meter Höhe Maximalhöhe liegen, weil dieser Höhenbezugspunkt ist mindestens 95 Meter weg von den ersten Wohnhäusern. Mehr Sorge mache ich mir darum, dass man im vierten Stadtentwicklungskonzept westlich angrenzend, direkt westlich angrenzend, die Möglichkeit haben, dass das Gewerbe- und Industriegebiet dort zu einem Wohnbaugbiet umgewidmet werden könnte. Es sind dort gewisse Abstände dann vorgesehen, auch jetzt ■■■ muss schon einen gewissen Abstand einhalten. Trotzdem wird das unvergleichlich schwieriger, in etwa 30/45 Meter von einem derart hohen Gebäude einen Wohnbau zu realisieren, als wenn man etwa 90/95 Meter südlich davon liegt. Am Ende hat uns die Aussage der Stadtplanung vom Herrn Dipl.-Ing. Inninger überzeugt, dass man diese Abstände einhält, dass das so noch nicht gesichert ist und dass natürlich diese Sache in der Folge geregelt werden muss. Das heißt, der Wohnbau muss sich an den vorhandenen Fresenius Kabi anpassen und dementsprechend abgrenzen und in diesem Sinne wollen wir zustimmen. Vielen Dank (*Applaus Grüne*).

GR.ⁱⁿ **Bergmann**: Wir werden nach reiflicher Diskussion diesem Stück heute nicht zustimmen, obwohl es ursprünglich so war, dass im Ausschuss mein Kollege dem zugestimmt hat. Wir haben uns das noch einmal genau angesehen und wir sehen da schon einige Problematik darinnen. Es ist uns klar, dass es hier eine Ausweitung zur... also dass diese Betriebe Platz brauchen. Wir sehen auch das Problem, was der Kollege Dreisiebner schon angesprochen hat, dass daneben eigentlich Gewerbegebiet

wahrscheinlich mit Sicherheit in Wohngebiet umgewidmet wird, dass wir die Problematik danach haben mit dieser Höhe, auch wenn jetzt Abstände hier eingebaut werden. Wir sehen auch die Problematik der zukünftigen Parkgaragen dort. Ich denke nur, wie lange die Probleme angehalten haben beim ehemaligen Puchwerk, bei Magna mit der Parkgarage, das heißt, also es ist nicht klar, noch definiert, wie wird diese Parkgarage ausschauen, ist das eine offene Bauweise, das heißt, Parkgaragen sind auch beleuchtet, wird das in Zukunft auch wirklich nur von Betriebsangehörigen, zu welchen Zeiten werden diese Parkgaragen genutzt? Es sind für uns einfach sehr, sehr viele Fragen, die eben noch nicht geklärt sind und aus dem Grund werden wir heute nicht zustimmen. Danke (*Applaus KPÖ*).

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ) angenommen.

Berichterstatterin: StR.in Rucker

20) A 16-34207/2014-66

7. Kulturdialog – Open Reininghaus

StR.ⁱⁿ **Rucker**: Sehr geehrter Gemeinderat, Gemeinderätinnen, Herr Bürgermeister, Stadtregierung! Mir ist jetzt deswegen wichtig, heute persönlich Bericht zu erstatten, weil es einerseits darum geht, dass es hier eine Tradition gibt, nämlich dass der Kulturbeirat der Stadt Graz, der seit 2003 eingerichtet war, jedes Jahr einen öffentlichen Kulturdialog veranstaltet und immer dann als Abschluss dieses Dialoges auch ein Informationsbericht in den Gemeinderat eingebracht wird. Der Kulturbeirat, der in der Stadt aktuell besteht, hat sich auf das Thema Reininghaus eingelassen auch aus dem Interesse heraus, den Begriff Kultur so zu sehen, nämlich, dass es nicht nur um die Frage geht, wer bekommt welche Kunstförderung in der Stadt, sondern eben das Zusammenleben in dieser Stadt anders zu beleuchten und auch dem einen

Stellenwert zu verleihen. Deswegen gab es dann einen Kulturdialog direkt vor Ort in Reininghaus unter Einbindung unterschiedlichster Gruppen, sehr interdisziplinär aufgesetzt. Der Bericht wurde ergänzt durch das Protokoll, einige von Ihnen konnten teilnehmen. Dieser Dialog hat in einer Form stattgefunden, dass auf Augenhöhe unterschiedlichste Interessengruppen miteinander diskutiert haben, es waren vertreten die Investoren genauso wie anrainende Menschen, Planende, die beteiligt sind, aber auch sonst Stadtbürger, -bürgerInnen, die Interesse haben an nachhaltiger Stadtentwicklung, und Kunstschaffende. Diese Woche hat am Dienstag eine Veranstaltung stattgefunden im HDA, wo ein paar ganz wenige von Ihnen leider dabei waren. Einerseits hat diese Veranstaltung gezeigt, dass es eben ein großes Interesse gibt, es waren 200 Besucher/Besucherinnen, die dieser Diskussion gefolgt sind. Auf der anderen Seite hat diese Veranstaltung, die auch unter dem Namen „Dialog“ gelaufen ist, gezeigt, dass es auch ganz anders geht, über Reininghaus zu diskutieren. Es war eine Präsentation, die mehr oder weniger dargestellt hat, was Stand der Dinge ist und die genau gezeigt hat, warum es so notwendig ist, eine Vieldimensionalität in diese Diskussion zu bringen, deswegen war ja auch letztes Mal im Gemeinderat von uns das Anliegen mit einem Beschluss, der dann auch hier einstimmig oder mehrstimmig angenommen wurde, hier einen interdisziplinären Zugang zu schaffen, damit wir nicht alleine auf der Frage von Quadratmetern und Planungsinstrumenten diskutieren. Insofern sehe ich, dass der Kulturdialog schon zu etwas geführt hat, ich hoffe, dass wir in der Umsetzung jetzt auch weiterkommen, möchte allen, die sich daran aktiv beteiligt haben, auch Gemeinderäte waren dabei, herzlich danke sagen und wünsche mir eine breitere Diskussion zu einem der wichtigsten Gebiete in der Stadt, als wir es am Dienstag leider erleben mussten. Das war doch ein bisschen eindimensional. Danke (*Applaus Grüne*).

Die Berichterstatterin stellt namens des Kulturausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Informationsbericht wird vom Gemeinderat zustimmend zur Kenntnis genommen.

GR.ⁱⁿ **Braunersreuther**: Sehr geehrte KollegInnen, liebe Lisa Rücker! Ich habe es im Ausschuss schon gesagt, ich freue mich, dass dieser Dialog nicht nur reines Reden ist, sondern dass da wirklich auch konkret was vorwärts geht, dass da Angebote gibt oder Überlegungen getätigt werden mit dem Investor, der auch sehr starkes Interesse daran hat, dass Kultur in dem Bereich gefördert und integriert wird. Ich bin lange genug regelmäßig an diesen Ort gefahren, kenne nicht nur das Reininghausgelände, sondern auch die Umgebung ganz gut. Diese ganze Gegend ist ja nicht unbedingt sehr reich an Veranstaltungsorten. Ich glaube, es besteht da sicherlich ein großes Interesse bei den Anwohnern, dass da was gemacht werden kann, sich zu engagieren und deswegen ist es natürlich nur zu begrüßen, dass man da auch die Bürger, die Anrainer miteinbezieht, dass sie da tätig werden können (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals. Ich möchte vielleicht, weil es die Frau Stadträtin Lisa Rücker angesprochen hat, auf die Veranstaltung am Dienstag im Haus der Architektur eingehen. Das Haus der Architektur wollte einmal in erster Linie nicht über den Kulturdialog sprechen, sondern über Architektur, und hat sehr offen eingeladen. Es war dann, wenn ich so sagen darf, durchaus wieder eine Diskussion, die gar nicht stattgefunden hat, weil hundert Fragen, die vorher gekommen sind, auch von vielen Menschen, die sich so gut wie noch nie mit Reininghaus beschäftigt haben, einmal

beantwortet werden mussten. Das haben der Herr Baudirektor, der Herr Dipl.-Ing. Inninger, auch ich, Investoren, Architekten einmal gemacht. Das ging eher, das war nicht der Kulturdialog, deswegen freue ich mich, dass es daneben immer wieder Initiativen gibt, ob es dann Reiningherz ist, die offene Gesellschaft, jetzt die Diskussion dazu, selbstverständlich soll dort ein Stadtteil entstehen, der mindestens so groß ist wie die Stadt Weiz. Also wir reden über eine, so ist es uns dort auch vorgestellt worden, über eine Dimension der Stadt Weiz und da werden alle Aspekte, alle bunten Aspekte des Lebens in einer Stadt, nicht nur zu diskutieren sein, sondern auch ein bisschen prozessorientiert gesteuert werden. Ich bin auch sehr glücklich darüber, dass der erste Investor, der jetzt auch beginnt, der Herr ■■■■, gerade mit dem Bereich Alt-Reininghaus sehr kulturaffin ist, dass er sehr offen ist für eine gemeinsame Entwicklung, wir werden dann sehen, ob auch alle andere Investoren so einsteigen, aber im Grund genommen laufen jetzt, wenn ich so sagen darf, parallel sehr, sehr viele Gespräche, Veranstaltungen, Planungsprozesse. Das alles zu koordinieren, auch im ganzen Haus Graz, ist eine enorme Herausforderung. Ich glaube, wir sind gut unterwegs, wir spüren meistens nicht im Inneren, sondern von außen her, es wird jetzt Graz Reininghaus durchaus in einem Atemzug schon mit Wien Aspang genannt, die planen und errichten das auf eine andere Art und Weise und ich möchte das vielleicht sogar vergleichen mit der Art und Weise, wie ich heute gemeinsam auch in meiner Pressekonferenz unsere neue Märchenbahn im Schloßberg vorstellen durfte. Der Herr Ehtreiber hat im Schloßbergstollen auf unseren Wunsch hin mit dem Team des Kindermuseums eine Neukonzeption errichtet. Ich durfte heute, wie gesagt, den Medien das schon vorstellen, ich war heute das erste Mal selber wieder drinnen und habe das Gesamtkonzept gesehen. Was ist da schon wieder anders als sonst wo. Graz hat sich vom Thema Märchen nicht verabschiedet und ist nicht gleich in eine Disney-World gegangen. Graz hat versucht im Berg einen pädagogischen Zugang zum Thema Märchen, die Kraft der Märchen, all das, was es auslösen kann auch zustande zu bringen, es ist enorm viel Freiraum für

Fantasie und diesen Freiraum für Fantasie werden wir überall brauchen, deswegen habe ich jetzt einmal den Gemeinderat informieren wollen, dass es morgen ab 12.00 Uhr für die Kinder und Familien in dieser Stadt losgeht, dass das auch für die Altstadt, auch für Handel und Gastronomie wieder eine tolle Ergänzung ist. Aber wir haben hier nicht auf Plastikkugeln und Großbildschirme gesetzt, sondern auf eine Erlebniswelt, die sehr kreativ ist und die, wie gesagt, Freiraum auch im Denken zulässt und das ist der schöne Vergleich, das brauchen wir auch in Reininghaus, wir wollen dort nicht etwas errichten, was es anderswo schon gibt, sondern wir wollen da einzigartig sein und das wird nur funktionieren, wenn wir auch die Kulturschaffenden miteinbeziehen (*Applaus ÖVP*). Für alle Eltern, Omas und Opas, die den Kuli jetzt gezückt haben, ich glaube, im ersten Monat gleich wie beim Jahresticket halber Preis Eintritt jetzt auch im Schloßbergstollen.

GR. **Dreisiebner:** Es geht nicht zurück zum Kulturdialog, es geht zurück zum vorgestrigen Abend im Haus der Architektur. Ich muss Sie ein bisschen enttäuschen, Herr Bürgermeister, die Meinung, ich meine eher 220 bis 240 Anwesende, weil es gab ja im Erdgeschoss noch über TV eine Übertragung des Geschehens aus dem zweiten Stockwerk des Hauses der Architektur, war nicht so sehr die, dass wir dort etwas Einzigartiges machen. Die Meinung war, und das Publikum war auch nicht in der Ausprägung, dass dort hauptsächlich Menschen gewesen wären, die sich noch nie mit Reininghaus befasst hätten, das waren zum sehr großen Anteil Menschen, die sogar beruflich damit zu tun haben, zumindest sehr interessiert und schon lange interessiert sind. Die Meinung der Leute war doch zum guten Teil die, dass man dort sehr viele Chancen vergeben, jetzt schon vergeben und in Zukunft noch vergeben werden und die Äußerungen und das, was zwischen den Worten teilweise noch mitgeschwungen hat von den einzelnen Referenten, und da sage ich jetzt bewusst

Referenten, war, gerade was die Vertreter der Beamtenschaft betrifft, nicht die, dass man sich hier als Vertreter der Interessen der Stadt, der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt und aller engagierten Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt in dem Maße sieht, wie man sie als jemand sieht, der versucht, die Investmentinteressen auf den Weg zu bringen. Wir werden heute noch einmal mit dieser Unterführung zu tun haben, wir hatten das letzte Mal die Geschichte der Straßenbahnführung Griesplatz, wir werden bald einmal irgendwann die Verlängerung der Linie 3 über die Alte Poststraße haben, es werden falsche Rahmenbedingungen jetzt schon gesetzt und es geht um viel, viel mehr als nur um Beteiligung, wie es in der Smart-City-Konzeption vorgesehen ist im Stadtteilmanagement, es geht dort um ein wirkliches anderes Denken, so wie es der Rahmenplan eigentlich vorgehabt hätte, nur leider wird dieser Rahmenplan nur mehr hervorgezogen und gezückt, wenn er gerade ins Konzept passt, aber ich glaube, bei allen anderen Dingen läuft das leider sehr andersrum, entgegengesetzt und konträr. Anders entwickeln, das das ist Aspang, da fährt die U-Bahn hin, bevor noch wer dort wohnt und ganz anders entwickeln tun scheinbar die Stadt Graz und alle, die in Reininghaus zu tun haben, dort fährt, wie es aussieht, ein Tangentialbus hin und eine neue Straße gibt es. Was das Ergebnis von dem allen sein wird, das kann sich jeder, glaube ich, selber ausrechnen. Danke (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat Dreisiebner. Kann ich nicht unwidersprochen stehen lassen. Erstens einmal kann das fast nur ein Grüner sein, der die Meinung von 220 Personen gleich zusammenfasst und das Ganze wieder negativ sieht. Ich habe dort auch im Anhang mit vielen Menschen diskutiert, ich kann Ihnen sagen, bei der Ziffer liegen Sie ziemlich daneben. Das ein paar dort waren, die wieder alles negativ sehen, hat auch damit zu tun gehabt, dass es nicht eine Einladung des Hauses der Architektur an Architektinnen und Architekten war, sondern dass es ein offener Raum

war. Ich habe auch nicht gesagt, dass die Menschen, die dort waren, sich mit Reininghaus nicht beschäftigt haben, ich habe nur gesagt, dass die hundert Fragen, die wir in etwa im Vorfeld offen ausgeschrieben bekommen haben, schon davon gezeugt haben, dass sich viele Menschen noch überhaupt nie mit dem Thema auseinandergesetzt haben, weil da waren Fragen dabei, die jemand nicht stellen würde, wenn er es schon getan hätte. Drittens, unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, in dem Fall waren es lauter männliche Vertreter, weil wir halt einen Baudirektor, einen Koordinator und einen Stadtplanungschef, einen Verkehrsplanungschef haben, die alle männlich sind, man möge es verzeihen, diese Herren haben dort eines zum Ausdruck gebracht, dass sie sehr genau wissen, dass es einen Auftrag gibt, etwas Besonderes dort zustande zu bringen, dass sie es aber jetzt auch schaffen müssen, mit Eigentümern in diesem Rechtsstaat so miteinander zu arbeiten, dass das möglichst erfüllt wird. Und ich glaube, dass sie das sehr eindrucksvoll auch geschildert haben, sie müssen nur einmal mit den Investoren reden, die sagen mir schon sehr oft, dass das, was die Verwaltungsbeamten im Sinne der Politik da ihnen abverlangen wollen, ganz, ganz schwer überhaupt zu verwirklichen ist, was stimmt und da werden wir dann auch wieder gefordert sein. Also ich glaube, es gibt verschiedene Sichtweisen und ich möchte nur eine beibehalten, es ist eine der größten Chancen, die wir haben, wir gehen es jetzt endlich an, es gibt viele, die immer nur kritisch sind und es gibt viele, die sich aber auch einbringen wollen und ich habe davon, wie gesagt, Gott sei Dank, an diesem Abend auch viele erlebt (*Applaus ÖVP*).

StR.ⁱⁿ **Rücker**: Es geht hier nicht darum, dass es Menschen gibt, die negativ eingestellt sind zu Reininghaus, weil die zu so einer Diskussion nicht hingehen. Es geht darum, dass genau dort auch Menschen sind, die sich erwartet hätten, es ist übrigens als

Dialog eingeladen worden und eine Veranstaltung, die als Dialog eingeladen wird, die kann nicht... da brauchen wir nicht drüber diskutieren, das Design war nicht Dialog, da können wir uns einig sein oder? Es waren Leute dort, die ein Interesse haben, dass in Reininghaus mehr passiert als eine Einteilung nach ganz herkömmlichem Stil und einfach nur auf der einen Ebene, nämlich der Oberfläche, diskutiert wird. Das was dort an Leben sein könnte, was von vornherein ein Leben sein könnte, wir haben x-mal da herinnen angesprochen, wie schaut es aus mit einer Zwischennutzung, Herr Bürgermeister, und das hat nichts mit Blumenkisten in die Ecke stellen zu tun oder mit dem, dass parallel irgendwo über Kultur diskutiert wird, es geht um eine Lebensform, die dort von Anfang an Platz greifen soll und das heißt, Menschen, die dort mehr gestalten wollen als nur den Raum zwischen Privat und Straße, und das ist, glaube ich, nicht angekommen und das ist wieder am Dienstag auch nicht angekommen, bei fast niemandem. Muss ich sagen und das ist leider so und deswegen denke ich mir, sind die Menschen dort, weil sie dort mehr wollen und genau diese Chance genutzt sehen wollen und derzeit die Befürchtung besteht, dass diese Chance nicht genutzt wird und mit der Entscheidung, die heute noch kommt mit der Unterführung, hat man sich auch ganz klar in ein bestimmtes Paradigma hineinbegeben, ganz eindeutig. Zuerst muss die Straße funktionieren und dann der Rest. Herr Bürgermeister, Sie haben selber gesagt, die Straßenbahn haben wir auf irgendwann verschoben, das ist genau das, was nicht im Rahmenplan vereinbart war. *(Applaus Grüne)*.

Bgm. Mag. **Nagl**: Das stimmt überhaupt nicht, ich habe dort ganz bewusst gesagt, ich habe gesagt, dass die Planungen voll vorangehen werden. Zweitens, und das ist mir auch wichtig, wenn Sie von der Zwischennutzung reden. Ja, als Kulturreferentin würde ich mir als Bürgermeister erwarten, dass Sie nicht nur drüber reden, sondern

dass sie ganz konkret hingehen und diese Zwischennutzung einmal zustande bringen. Es reden ja immer nur alle dann groß, wenn sie dann im Gemeinderatssaal sind oder bei irgendeiner Veranstaltung. Als Kulturreferentin waren Sie schon mit allen im Gespräch, haben Sie es schon umgesetzt? Ich hätte gerne morgen schon eine Zwischennutzung, wir übernehmen ja gerade jetzt auf städtischer Ebene einmal die Grundstücke, wir übernehmen ja die Parkanlagen, wir müssen sie jetzt planen und umrichten. Wieso sind die Frau Rücker und die Grünen nicht schon dort gewesen und haben mit den Herrn Investoren schon längst was ausgemacht? Auf wen warten Sie denn immer? Ich sage das jetzt einmal deutlich...

Zwischenruf unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Nichts, Stadtplanung, Zwischennutzung kultureller Art und Weise, wer sagt denn nicht, dass die Theatergruppen dort schon einmal aufgetreten sind in den Räumlichkeiten, die da sind? Ich sage das schon auch einmal deutlich (*Applaus ÖVP*) so nach dem Motto, da gibt es den Herrn Bürgermeister, der soll das alles immer wieder tun, das regt mich wirklich auf und, Frau Rücker, machen Sie es, nächste Woche starten wir einmal mit Kulturgeschichten, reden Sie mit denen, schauen Sie, wie sie die Haftungsfragen dort klären etc. Wir warten alle nur darauf, das ist Ihre Aufgabe, meine Aufgabe ist es, dafür zu sorgen mit dem Herrn Rüscher, das zumindest die Möglichkeit einer Unterführung da ist und deswegen haben wir ein Stück, das einmal die Grundstücke sichern will, damit wir für die Zukunft abgesichert sind in alle Richtungen und das machen unsere Verwaltungsbeamten aus meiner Sicht sehr, sehr gut. Sie sichern möglichst alles ab, starten alle Prozesse, Sie haben

selber gesehen, allein was der Herr Werle und der Herr Inninger dort an Arbeiten aufgelistet hat, das überfordert, wenn ich so sagen darf, viele und das haben sie neben der sonst nicht ganz so kleinen Stadt Graz auch zu tun und die koordinieren das gut, es wird immer zeitgerecht auch alles hier eingebracht und ich lasse Reininghaus nicht schlechtreden und dass das schon wieder alles daneben gehen sollte, ganz im Gegenteil. Wir haben das Projekte auf Schiene gebracht, wir haben einen gemeinsamen Traum, zwischendurch wird er abweichen, aber das habe ich dort auch gesagt, weil ich auch dort erklärt habe, dass wir aufpassen müssen und dass ich dein, mein und unser noch einmal dort anmerken möchte. Diejenigen Herrschaften, die jetzt gekauft haben, weil die Stadt nicht gekauft hat, können wir nicht dieselbe Erwartungshaltung haben, als hätten wir es selber gekauft, das wollten die Grazerinnen und Grazer bekanntlicherweise nicht und auch viele, die da sind, haben gesagt, das kann nicht sein. Jetzt heißt es, das hätten wir wieder gerne alles, nur jetzt müssen wir natürlich mit neuen Investoren reden, Gott sei Dank sind sie gesprächsbereit, Gott sei Dank wollen sie mittun, Gott sei Dank starten wir Prozesse wie in der Annenstraße, Sie wissen das, aber SmartCity haben wir auch noch zu behandeln und ich glaube, das läuft alles gut und ich höre, wie gesagt, von außen, wow, Graz geht da gute und neue Wege und ich möchte das nicht schlechtgeredet haben. Sie haben eine Veranstaltung draußen gemacht, habe ich gut empfunden, war gut, da war das Thema Kultur, jetzt war das Thema Bau, und im Thema Bauen kommen halt auch Straßenbahnen, Gebäudehöhen ec. vor und ich habe es großartig empfunden, wie der Herr Bucher als Architekt, der den Wettbewerb gewonnen hat für Alt Reininghaus, das ganze Konzept erklärt hat. Dass es andere Architekten gibt, die selber gesagt haben, fast peinlich, ich habe da auch schon ein Konzept und ich hätte noch tausend Fragen und ich komme nie dran. Wissen Sie, wer gemeint ist, das sind Eifersüchteleien, die da durch den Raum geklungen haben, aber er hat das toll erklärt und er hat noch etwas gesagt, alle Architekten, die bisher Wettbewerbe gemacht haben und jetzt teilgenommen haben, haben immer darauf geachtet, dass

das, was Sie gerade planen, sich super einfügt und offene Grenzen für den nächsten Architekten aufweist im Sinne des Gesamtkonzeptes und das können wir städtebaulich durchaus von allen Experten, ich sage es eh nicht selber, von allen Experten kriegen wir das gesagt und so soll es weitergehen. Wir haben ja erst die Hälfte mit Wettbewerben, es werden noch mehr kommen und wenn die alle zusammendenken, dann wird was Neues entstehen und es wird nicht, das hat der Herr Bucher auch klar gesagt, die Herrengasse und der Hauptplatz dort neu entstehen, sondern es wird ein Wohnen im 21. Jahrhundert entstehen, wo Arbeiten, Mobilität, Nachhaltigkeit, Energienutzung etc. da ist und wo die Erreichbarkeit auch gegeben sein wird, aber das heißt jetzt nicht, weil wir eine Zufahrt machen oder planen, dass deswegen der möglichst reduzierte motorisierte Individualverkehr, da haben wir ja eine Linie festgelegt, dort nicht gelebt werden wird. Ich weiß nicht, wer das jetzt schon wieder behaupten kann, es gibt einen Beschluss, dass der motorisierte Individualverkehr dort im Vergleich zur restlichen Stadt erheblich gesenkt wird und zum Schluss werden wir das haben, davon gehe ich aus (Applaus ÖVP).

StR.ⁱⁿ **Rücker**: Beim Verkehr werden wir bei der Diskussion eh nicht weiterkommen, weil da haben wir unterschiedliche Einschätzungen. Herr Bürgermeister, die Einzigen, die vor Ort seit Jahren eine Zwischennutzung aktiv betreiben sind Kulturschaffende, die sind vor Ort, ob das La Strada ist, ob das jetzt gerade, gestern hat es ein Lichtshow gegeben, es gibt einzelne Leute, die dort im kreativen Bereich schon angemietet haben und dort tun. Also die Kulturschaffenden sind schon längst dort aktiv. Was leider auch der Fall ist, Herr Bürgermeister, das ich weiß, dass in Ihren Abteilungen teilweise schon fertig auf dem Tisch, längst auf dem Tisch, Maßnahmen liegen, die dazu führen würden, dass dieses Gebiet endlich zugänglich wäre, was wir ja bei der

Zwischennutzung brauchen. Dass das aber nicht betrieben wird, Herr Bürgermeister und das trennt uns bei der ganzen Leidenschaft für Reininghaus, die uns verbindet, aber das trennt uns, dass da einfach nicht gezogen wird, es gibt die Möglichkeiten. Reden Sie mit ihren Stadtplanern, bitte reden Sie mit ihnen und dann schauen Sie sich an, was da alles schon daliegt, aber nicht in Umsetzung gerät. Ich kann es Ihnen gerne einmal vorführen, wirklich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Bitte gleich da, das wäre mir sehr recht und möglichst jetzt, damit man nicht bei Behauptungen bleibt. Aber möchte ich jetzt auch betonen, es war der Scholdan, es war Asset One, der mit Sport und Kultur dort begonnen hat und es ist auch das Unternehmen Asset One gewesen, die mit Kulturschaffenden dort schon Verträge abgeschlossen haben und zugelassen haben. Wo ist die Eigenleistung, Frau Kulturreferentin, die Kulturschaffenden waren es, der Private war es, meine Bitte ist, gehen wir das gemeinsam an, investieren wir alle unsere Energie dort hinein und nicht nur hinschielen und sagen, macht es besser (*Applaus ÖVP*).

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ) angenommen.

Berichterstatter: GR. Mag. Spath

21) A 21-058074/2014-1

Richtlinien für die Zuweisung von
Gemeindewohnungen sowie die
Vermietung von Geschäftsräumlichkeiten

GR. Mag. **Spath**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Ich darf berichten die Richtlinien für die Zuweisung von Gemeindewohnungen sowie die Vermietung von Geschäftsräumlichkeiten. Der Kern der Richtlinien liegt ja bereits zirka 25 Jahre zurück. Aus diesem Grund und aufgrund eines dringlichen Antrages aus dem vergangenen Jahr 2013 April, wurde einstimmig beschlossen, das derzeitige Vergabemodell dahingehend zu überprüfen, ob eben diese Vergaberichtlinien, Vergabekriterien noch den heutigen Anforderungen entsprechen. Unter Einbeziehung der Wohnungssprecher aller Gemeinderatsfraktionen wurde nach einvernehmlicher Beschlussfassung im Wohnungsausschuss, eben im Oktober 2013, der Verfasser der derzeitigen Vergaberichtlinien, Herr Univ.-Prof. Dr. Peter Gasser-Steiner, mit der Evaluierung der bestehenden Daten und der Erstellung von Modellrechnungen beauftragt. In der Sitzung am 30. Juni 2014 präsentierte Univ.-Prof. Dr. Peter Gasser-Steiner das Ergebnis seiner Studie. Seiner Empfehlung entsprechend wurde die Erarbeitung eines Vorschlages eben einstimmig auch angenommen in dieser Sitzung und Dr. Gasser-Steiner den Vorschlag eben, diese Anpassung der Richtlinien erarbeiten soll, wurde er damit beauftragt. In der Sitzung am 23. Oktober 2014 hat Dr. Gasser-Steiner eben diese dann präsentiert, ich darf die wesentlichen Neuerungen vortragen. WohnungswerberInnen müssen prinzipiell ein Jahr in Graz wohnhaft und gemeldet sein, bei mehr Personen muss sich die Punkteanzahl aus mindestens zwei Bereichen der möglichen Bereiche Wohnungsdefizit, Erwerbslage und Lebenslage zusammensetzen, neue Tatbestände, die eine Streichung von der Vormerkliste und eine Sonderwartezeit auslösen, Zustimmungserklärung zur Überprüfung des Einkommens zehn Jahre nach Abschluss des Mietvertrages, geänderte Einkommensgrenzen bei Wohnversorgung in Notfällen beziehungsweise Einzelprüfung, unterschiedliche Punktebewertung bei Ein- und Mehrpersonenhaushalten, Erweiterung der berücksichtigungswürdigen Umstände, Neuregelung der Voraussetzung für den Wohnungswechsel und Festlegung der Voraussetzungen für die Vermietung von Geschäftsräumlichkeiten. Das sind die

wesentlichen Neuerungen gegenüber den bestehenden Richtlinien. Ich stelle daher im Namen des Wohnungsausschusses den Antrag an den Gemeinderat, die Richtlinien für die Zuweisung von Gemeindewohnungen sowie der Vermietung von Geschäftsräumlichkeiten zuzustimmen und die Richtlinien sollen mit 1. März 2015 in Kraft treten. Ich bitte um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Wohnungsangelegenheiten den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. den Richtlinien für die Zuweisung von Gemeindewohnungen sowie der Vermietung von Geschäftsräumlichkeiten wird zugestimmt;
2. die Richtlinien treten mit 1.3.2015 in Kraft.

GR. Mag. **Moser**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Wir haben uns im Klub Gedanken darüber gemacht und haben uns mit den Richtlinien natürlich intensiv auseinandergesetzt und ich werde drei Punkte herausnehmen, warum wir eigentlich dagegen sind. Der erste Punkt ist Zuweisung einer Gemeindewohnung, hier steht in den Richtlinien: Voraussetzungen für die Vormerkung als WohnungswerberInnen im Eigenbetrieb Wohnen Graz vorgemerkt werden können Konventionsflüchtlinge, das sind Personen, deren Flüchtlingseigenschaft gemäß Asylgesetz 2005 in der geltenden Fassung festgestellt ist und die zum Aufenthalt im Bundesgebiet berechtigt sind beziehungsweise als Flüchtling anerkannt wurden. Punkt zwei, Punkt 2.4.: Langfristig daueraufenthaltsberechtigte Drittstaatenangehörige, das sind Personen, denen gemäß Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz 2005 in der geltenden Fassung beziehungsweise den dazu

ergangenen Durchführungsverordnung die entsprechende Rechtsstellung in Österreich zuerkannt wurde. Die derzeit gültigen Richtlinien wurden im Jahr 2000 beschlossen. Zum damaligen Zeitpunkt grenzte unser Staatsgebiet an folgende Nicht-EU-Staaten: Slowenien, Ungarn, Slowakei, Tschechien. Jetzt stellt sich die Frage, das sind alles EU-Staaten geworden, aber wie können UNO-Konventionsflüchtlinge heute überhaupt nach Österreich in einen EU-Mitgliedsstaat ohne EU-Außengrenzen gelangen? Wir haben also, wobei danach diese gar nicht nach Österreich kommen dürften, sondern Aufenthaltsgenehmigungen für Flüchtlingsstatus in den Nachbarländern an den EU-Außengrenzen beantragen müssen. Wir sind für die ersatzlose Streichung dieser Bestimmung, weil auch damit sich eine deutliche Erweiterung des Kreises der Anspruchsberechtigten geben würde und die Stadt Graz diesen Anspruch also nicht abdecken werden wird können (*Applaus FPÖ*).

Zwischenruf unverständlich.

GR. Mag. **Moser**: Ja, 223 und 224. Die Wohnungsversorgung von den Notfällen, da sind wir ja auch dafür, dass das im Verwaltungsausschuss vorbehalten sein sollte. Da heißt es unter Punkt 3, Wohnungsversorgung in Notfällen: WohnungswerberInnen, die einen nachstehend angeführten Tatbestände erfüllen, sollen im Hinblick auf ihre Notsituation nicht nach dem Punktesystem behandelt, sondern aufgrund einer Einzelfallprüfung als Notfälle im Sinne dieses Abschnittes der Richtlinien raschestmöglich wohnversorgt werden, wobei das Einkommen, das 1,2-Fache des je nach Familiengröße ausgleichzulagenfähigen Einkommen nicht übersteigen darf. Aus unserer Sicht sollte die Prüfung der Einzelfälle dem Verwaltungsausschuss

vorbehalten sein und daher der Punkt 7 ergänzt werden. Der Wortlaut könnte sein: Die Einzelfallprüfung ist dem Verwaltungsausschuss Wohnen Graz mit einfacher Stimmenmehrheit vorbehalten.

Und der dritte Punkt, da verweisen wir darauf, dass die Richtlinien dem Organisationsstatut widersprechen. Im § 5 des Organisationsstatutes heißt es: Dem Verwaltungsausschuss für den Eigenbetrieb Wohnen Graz obliegt die Beschlussfassung in den im Anhang Graz zu diesem Organisationsstatut angeführten Angelegenheiten des Unternehmens. Im Anhang heißt es, weist er hin im Anhang A, dem Verwaltungsausschuss für den Eigenbetrieb Wohnen Graz obliegt die Beschlussfassung in folgenden Angelegenheiten: Zuweisung von Gemeindewohnungen nach den vom Gemeinderat erlassenen Richtlinien betreffend die Zuweisung von Gemeindewohnungen in der jeweils geltenden Fassung. Im Abschnitt 8 der Richtlinien, da wird nur mehr von einer Informationspflicht gesprochen. Das ist ebenso eine Kann-Bestimmung im Punkt 16.1, die wir ablehnen und stattdessen eine obligatorische Beschlussfassung im Verwaltungsausschuss fordern. Danke (*Applaus FPÖ*).

GR. **Dreisiebner**: Ich habe mich gemeldet, um auf meinen Vorredner einzugehen, das lasse ich aus.

Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Bist überfordert?

GR. **Dreiebnner:** Worum es uns geht, wir sind auch sehr froh, dass diese Arbeit erledigt ist und dass man hier sehr viel Arbeit investiert worden ist, die Richtlinien zu adaptieren und hier gilt der Dank sowohl der Stadträtin, auch der Abteilung und allen MitarbeiterInnen, die damit befasst waren, sowie dem Herrn Prof. Gasser-Steiner. Allerdings geht es hier auch um politische Entscheidungen und eine für uns sehr gravierende Entwicklung, die nicht positiv beziehungsweise nicht zukunftsorientiert ist, sondern eher ein leichtes verschämtes Nachgeben gegen einen gefühlten Druck von rechts, ist vor allem der Punkt, dass es tatsächlich so ist und nicht ganz so, wie der Gerhard Spath gesagt hat, dass neu zuziehende Grazerinnen und Grazer beziehungsweise neue Hauptwohnsitzgemeldete ein Jahr lang warten müssen, um eine Gemeindewohnung zu erhalten, sie müssen ein Jahr lang warten, um sich auf die Warteliste setzen lassen zu können, ja es ist in anderen Städten auch so, aber in Graz war es bisher immer so lange so, dass es diese Wartepflicht nicht gegeben hat. Das Signal, dass man das jetzt weggibt und diese Ein-Jahres-Frist einzieht, ist eben das, was ich vorhin versucht habe zu beschreiben, es ist kein gutes, es ist kein Signal der Offenheit in einer wachsenden Stadt. Und es ist nicht so, dass deswegen nur extrem sozial aufwendige Menschen da nach Graz kommen, die uns zur Last fallen könnten, wie es auch im Ausschuss vermutet worden ist, es ist auch nicht so, dass das sehr große Zahlen sind von Menschen, aber es ist ein Signal an jemanden, der kommt und hier auch seine Abgaben, seine Verpflichtungen usw. vom ersten Tag an weg für Graz wahrnehmen muss, dass er ein Jahr lang, noch einmal, nicht sich auf die Warteliste setzen lassen kann und das wollen wir nicht mittragen und das ist für uns eine grundlegende Verschlechterung und Veränderung, die eben, wie gesagt, komplett in die falsche Richtung geht. In diesem Sinne und in einem weiteren Punkt wollen wir auch einen Abänderungsantrag stellen, ich möchte noch kurz auf den zweiten Punkt eingehen. Gut ist auch grundsätzlich, dass die Vermietung von Geschäftsräumlichkeiten im Teil 7, im Abschnitt 7, nun geregelt ist. Allerdings ist aus unserer Sicht das etwas zu eng ausgelegt und zu übertrieben ausgelegt und ich bin

teilweise sehr verwundert, dass eine angebliche Wirtschaftspartei, wie die ÖVP hier sich mit dem Gedanken trägt, dem zuzustimmen. Wenn da zum Beispiel steht, dass man eine Hinterlegung einer Kautions von drei bis sechs Bruttomonatsmieten zusätzlich zu einer Bonitätsprüfung usw. bereitstellen muss. Es geht hier bei diesen Objekten sehr wahrscheinlich eher um Ein-Personen-Unternehmen beziehungsweise Klein- und Kleinstunternehmerinnen und -unternehmen. Es sind diese Geschäftslokale auch keine Großgeschäftsflächen, wo was Größeres reinkommen kann. Hier wird eigentlich auch im Gegensatz zu dem, was Elke Kahr und die KPÖ immer wieder fordern, Kautionen runter, Kautionen an die Vermieter hängen und nicht an die Mieter hängen, hier wird das quasi unterlaufen, weil es um Unternehmerinnen und Unternehmer geht. Im Sinne des Stadtentwicklungskonzeptes und der Nahversorgungsinfrastruktur wäre es wichtig, liebe FreundInnen von der KPÖ, liebe Freundinnen und Freunde von der ÖVP, wäre es wichtig, dass es diese Geschäftsflächen gibt, die da bespielt und benutzt werden können. Und das Dritte, auf das ich noch eingehen mag, ist das, dass es natürlich auch der Fall sein kann, dass eine solche Geschäftsfläche in einem Gemeindewohnhaus nicht im Moment zur Vermietung, dass es keinen Interessenten, gibt der das machen würde, aber es gibt in Graz natürlich viele Initiativen, viele Vereine, die sich für Lokale im Sinne einer Zwischennutzung, einer Temporärnutzung interessieren würden und auch das fällt hier, hier könnte die Stadt, hier könnte die Gemeinde das Wohnungsamt beziehungsweise Gemeindewohnungen als Vorreiter dienen für etwas, was die halbe Stadt schon fordert, wo viele darauf warten. Führen wir so etwas wie ein Zwischennutzungskonzeption ein und machen wir ein paar Möglichkeiten auf, das ist hier leider gar nicht vorgesehen und um zum Ende zu kommen. In diesem Sinne stelle ich einen Abänderungsantrag, der erstens, den Punkt 2.3.2. im Teil 2, das ist auf Seite 2 des Berichtes, betrifft und zwar diese von mir vorher und eingangs schon erwähnte Geschichte, dass man ein Jahr in Graz wohnhaft und gemeldet sein muss, um auf die Warteliste kommen zu können, das möchten wir

dahingehend ändern, dass der Satzteil „mindestens ein Jahr“ zu streichen ist. Und zum Zweiten, "Vermietung von Geschäftsräumlichkeiten", das ist Teil 7, Punkt 15, soll in folgenden Unterpunkten abgeändert beziehungsweise ergänzt werden: a) 15.7. "Vermietungen an einen Café- oder Gaststättenbetrieb erfolgen unter entsprechenden vertraglich zu vereinbarenden Auflagen bezüglich Öffnungszeiten, Nutzungszweck und vergleichbarem mehr, um die Wohnqualität der WohnungsmieterInnen und WohnungseigentümerInnen des Hauses nicht zu beeinträchtigen,", die Änderung wäre das Fettgedruckte, euch liegt der Abänderungsantrag vor. b) 15.8. "Hinterlegung einer Kautions in Höhe von maximal drei Monatsbruttomieten," und c) schließlich: Hinzufügung eines Punkt 15.9., der wie folgt lautet: "Geschäftsräumlichkeiten in einem Gemeindewohnhaus, die – vorübergehend oder dauerhaft – einer geschäftlichen Vermietung und Nutzung nicht erfolgreich zugeführt werden können, werden für im Sinne einer inhaltlich und zeitlich definierten Zwischennutzung aktiv an gemeinnützige Grazer Initiativen und Vereine herangetragen und bereitgestellt. Für diese ZwischennutzerInnen haben die Punkte 15.2., 15.3., 15.4., 15.5. und 15.8. nicht zur Anwendung zu gelangen. Ich ersuche um Annahme des Abänderungsantrages, um hier ein Signal der Offenheit und der Modernität zu setzen. Danke (*Applaus Grüne*).

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe eigentlich gedacht, dass diese Richtliniendebatte heute eigentlich eher sehr kurz sein wird, weil zum Unterschied zu einer Vorbereitung zu einem andere Tagesordnungspunkt ja man oft sehr wenig Zeit hat, auch wenn umfassende Stücke sind. In dem Fall ist es ja anders gewesen. Ihr alle hier habt vor mehr als einem Jahr den Wunsch geäußert, die Vergaberichtlinien für die Gemeindewohnungen neu zu überdenken, neu zu überarbeiten, das war gut so, das ist ein Beschluss, der auch einstimmig erfolgt ist und unmittelbar darauf hat es

auch sehr, sehr viele Sitzungen, Treffen gegeben und auch einstimmig angenommen, wie heute schon der Gemeinderat Spath gesagt hat, der Prof. Gasser-Steiner mit der Überarbeitung beauftragt. Er hat ja schon die ersten Vergaberichtlinien auch ausgearbeitet. Es ist schlichtweg denkunmöglich, hier jetzt Abänderungsanträge oder Sachen einzubringen, weil die Vergaberichtlinien am Beginn der Debatte, und das habe ich ja gemerkt, viele überhaupt keine Kenntnis gehabt haben, obwohl sie im Wohnungsvergabeausschuss schon sehr, sehr lange drin sind, aber über viele, viele Details keine Kenntnis vorhanden waren. Und verzeihen Sie, dass ich das so sage, das ist keine Arroganz, es war eine Realität und ich bin auch sehr, sehr froh und dankbar, dass die Mitglieder im Wohnungsvergabeausschuss sich die Zeit genommen haben, sich das über so einen langen Zeitraum anzusehen, zu diskutieren, Vorschläge einzubringen, ich bin auch sehr, sehr froh, dass solche Vorschläge, wie sie am Beginn waren, dass man Gemeindemieter und Gemeindemieterinnen künftig nur mehr befristete Mietverträge haben sollen, dass das vom Tisch ist, dass es erkannt worden ist, dass das ein Unsinn wäre usw. Weil da waren noch viele andere sehr, sehr, sage ich jetzt einmal, seltsame Vorschläge, das war aber aufgrund, sage ich jetzt einmal auch, auf sehr viel Unkenntnis, wie die Realität eben vorherrscht. Und da bin ich eigentlich beim wesentlichen Punkt, warum ich mich zu Wort gemeldet habe, ich möchte mich wirklich ganz, ganz außerordentlich herzlich bedanken beim Herrn Dr. Wisiak, der auch heute hier ist, er hat (*allgemeiner Applaus*) es in die Hand genommen, diesen Ausschuss zu begleiten auch nach seiner Funktion als Leiter des städtischen Wohnungsamtes hier beratend zur Seite zu stehen und mitzuhelfen. Ich bedanke mich natürlich ganz, ganz herzlich auch bei unserem neuen Leiter Herrn Mag. Uhlmann und vor allem auch bei den KollegInnen im Wohnungsvergabeausschuss, bei der Frau Elke Kriegl, bei der Frau Stampfl und bei der Frau Cornelia Kornhäusl und Peter Rieger, weil die jetzt das ganze Jahr, wo es auch um die Umstellung des Eigenbetriebes geht, täglich hunderte von Leute draußen haben, die Hilfe, beratend zur Seite stehen, auch nebenher sorgfältigst das

aufbereitet haben. Und ich hätte mir einfach gewünscht, das sage ich jetzt dir, Karl, du kannst 50 Abänderungsanträge da stellen, das ist eh klar, dass das dein Recht ist, aber ein bisschen früher einbringen, weil dann hätte man vielleicht das eine oder andere auch noch debattieren können. Ich möchte dir nur sagen zur Zwischennutzung. Es schaut halt alles irgendwie einmal so draußen so salopp aus, die Vergabe der Geschäftsräumlichkeiten wird künftighin ausschließlich der Verwaltungsausschuss tätigen. Wenn jetzt so ein gemeinnütziger Verein da wäre, der ein Interesse hätte und wo die Mitglieder des Verwaltungsausschusses der Meinung wären, das wäre ja super, wenn die Mieter oder Mieterin von unserem Objekt wären, dann steht es natürlich dem Verwaltungsausschuss auch frei, eine Entscheidung zu treffen über eine Zwischennutzung vielleicht oder auch über einen vielleicht Erlass von sechs Bruttomonatsmieten auf drei Bruttomonatsmieten, das ist möglich. Nicht gedacht bei der Vergabe von Gemeindewohnungen, da muss die mietrechtliche Situation eindeutig sein im Nachhinein und auch die Vergabe. Bezüglich der Ein-Jahres-Frist, da sind wir die einzige Gemeinde, nicht nur Stadt, auch Gemeinde, in ganz Österreich, wo das möglich war und da irrst du dich, lieber Karl, dass das ein Nachgeben gegen rechts war, du kannst gerne die Kollegin Kriegl im Wohnungsamt fragen, das trifft eben nicht, wie du glaubst, Migrantinnen und Migranten, sondern das trifft, wenn überhaupt, Oststeirer, Weststeirer oder Obersteirer, weil der Grund in erster Linie der Arbeitsplatzsuche ist, weil halt Betriebe sperren, weil halt du keine Beschäftigung vor Ort findest und man halt schnell versucht, in Graz da anzudocken und schnell eine günstige Wohnung zu bekommen. Daueraufenthaltsberechtigte müssen, die können nicht von heute auf morgen nach Graz gehen, die müssen ja nachweisen den Aufenthalt und das ist in der Statistik, weil das schaue ich mir nämlich immer sehr genau an, das ist nicht der Fall. Aber es ist natürlich dein gutes Recht, das zu sehen und das steht natürlich frei, da dagegen zu stimmen, das ist eh selbstverständlich. Jetzt möchte ich nur zum Kollegen Moser kommen, ein paar Sätze und noch einmal, ohne Überheblichkeit, aber eines ist sicherlich nicht richtig, Herr

Gemeinderat Moser, ihr könnt euch einfach schlichtweg nicht intensivst und ernsthaft damit auseinandergesetzt haben, wie Sie am Beginn gesagt haben, weil sonst könnten Sie so da nicht antworten, wie Sie es tun. Aber ich lasse es jetzt einfach so stehen, es ist auch Ihre Freiheit, das so zu entscheiden, wie Sie es tun, aber bitte, ich hätte mir gewünscht, dass eure Partei 2005 euren Justizminister Böhmdorfer, und der war immerhin ein Freiheitlicher und kein Kommunist, in der EU dieser Richtlinie zugestimmt hat und Sie sind Polizist, lieber Herr Gemeinderat, wir müssen uns halt einmal an Gesetze und Rechte und Ordnung, das ist ja eigentlich eher Ihr Thema, halten, nichts anderes... wir können das nicht streichen. Wenn wir da jetzt mehrheitlich würden dem folgen, was Sie sagen, würden wir uns auf einem Weg bewegen, wo man am nächsten Tag ein größeres rechtliches Problem hätte. Ansonsten möchte ich mich noch einmal ganz herzlich bei allen Mitgliedern im Vergabeausschuss bedanken und eine Anmerkung doch noch machen, weil das ist nämlich auch heute in der Zeitung gestanden: Es gibt keine Bevorzugung durch irgendwelche Punktevergaben, weil das ist, glaube ich, heute in der Kronen Zeitung gestanden, dass da Jungfamilien künftighin bevorzugt werden. Junge Familien erhalten aufgrund ihrer Familiensituation unter 35 ohne Kind künftighin die Möglichkeit, dass sie auch Punkte bekommen, aber sie werden nicht bevorzugt. Das ist ganz wichtig und was auch wichtig ist, die Einkommenssituation kann nach zehn Jahren überprüft werden, das wird einmal ein künftiger Verwaltungsausschuss oder eine künftige Stadtregierung auch entscheiden, wie sie das handhabt, weil in Mietrechte kann man nicht eingreifen, insofern ist die Aussage, die heute auch in der Kronen Zeitung gestanden ist, dass die Mieter und Mieterinnen die Gemeindewohnung dann verlieren, nicht korrekt. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer**: Dankeschön, die Richtliniendebatte hat ja auch einige Zeit in Anspruch genommen. Zum Zeitpunkt der Beschlussfassung, dass die Richtlinien überarbeitet werden, war ich nicht im Gemeinderat, da hatte ich eine gemeinderätliche Tätigkeitspause sozusagen. Ich freue mich und Legenden erzählen, dass du dich, Frau Stadträtin, sehr gewehrt hast, die dementsprechende Überarbeitung in Angriff zu nehmen. Ist ja sehr schön, dass ein Richtungswechsel hier stattgefunden hat und dass das die Vorlage jetzt ist. Die Wohnungsvergaberichtlinie ist etwas sehr Wesentliches. Warum ist es etwas Wesentliches, weil es ein zentrales Element ist, das dem Grundbedürfnis Wohnen gerecht werden soll und mit diesem Anforderungsprofil müssen auch die Bürgerinnen und Bürger, die Bewohnerinnen/Bewohner, die künftigen Wohnungswerber das Empfinden der Gerechtigkeit einerseits haben und andererseits muss der individuellen Bedürftigkeit und der Notwendigkeit aus städtischer Sicht Rechnung getragen werden. Es hat einige Änderungen gegeben in dieser Richtlinie, das haben wir auch mitgetragen. Es hat zu diesem Behufe auch Vorgespräche gegeben, wie die Richtlinie ausgestaltet werden soll und ich darf da hier gleich an den Kollegen Moser replizieren: Ich bin etwas verwundert über die Art und Weise der Vorgehensweise, die heute die FPÖ wählt, weil am 28. November 2013 hat es einen Punktekatalog gegeben, wo sich der Klubobmann der ÖVP, der Klubobmann der SPÖ und der Klubobmann der FPÖ über die Umsetzung und Inhalte der Richtlinie geeinigt haben. All diese Punkte, die diese Vereinbarung beinhaltet, finden sich in der Richtlinie wieder. Also hier ist es etwas verwunderlich, was hier in der FPÖ passiert ist, also ich möchte das gar nicht weiter kommentieren, das ist eine interne Angelegenheit.

Zwischenruf GR. Ing. Lohr: Geschichtsfälschung.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Bauer**: Herr Kollege die Geschichtsfälschung hat eine Dokumentation. Zum grünen Antrag, das ist heute neu aufgetreten. Aus unserer Sicht ist nicht so die wesentliche Verbesserung zur Entwurfsvorlage beziehungsweise Stückvorlage gegeben, deswegen gibt es aus unserer Sicht dazu keine Zustimmung. Um etwas möchte ich noch ersuchen, nein, zuerst einen Dank auch dann das Amt, an die Beamtinnen und Beamten, die hier viel Zeit für die Erstellung der Richtlinie verwendet haben, auch die Praxiserfahrung von der Abteilung, insbesondere Frau Kriegel und ihr Team sei hier auch von unsere Seite erwähnt. Ja, der Dank ist ausgesprochen, die Bitte ist noch ausständig an den Ausschussvorsitzenden des Wohnungsausschusses, wir haben hier auch das Recht, Richtlinien zu überprüfen, ich möchte die Bitte hier verbinden, dass man so etwa in einem Jahr in der Tagesordnung mitaufnimmt einen Erfahrungsbericht, sodass man vom Wohnungsamt aus der täglichen Praxis erfahren oder einen Einblick kriegt, wie hat die Richtlinie gewirkt. So bitte in einem Jahr hätte ich das heute hier ausgesprochen, Herr Mag. Uhlmann, vielleicht können Sie das bitte notieren. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

GR. **Dreisiebner**: Ganz kurz auf meine Vorrednerinnen, zuerst, liebe Susanne Bauer. Du warst am 23.10. zwar nicht im Ausschuss, aber es war eine Vertreterin eures Klubs dabei und genau dort wurden die Bedenken der Grünen hinsichtlich der genannten Punkte, die ich ausgeführt habe und Gegenstand des Abänderungsantrages sind, bereits eingebracht. Wenn bei euch innerparteilich die Kommunikation im Klub nicht funktioniert, dann bitte nicht von mir das Verständnis dafür zu erwarten und wie du auch richtig gesagt hast, ich habe auch nichts von dieser Voreinigung von Sozialdemokratie, freiheitliche Partei und ÖVP am Beginn des Prozesses gewusst. Worauf es uns ankommt ist, wir haben das in dem Moment eingebracht und moniert, als die, wie gesagt, grundsätzlich guten Ergebnisse des

Richtlinienüberarbeitungsprozesses durch den Herrn Peter Gasser-Steiner vorgelegen sind, weil dann geht es für uns in die politische Arbeit und hier mag ich schon der Frau Stadträtin Elke Kahr eines sagen. Wenn du sagst, man kann das jetzt nicht mehr ändern und aufmachen, dann sagst du damit, dass es keine politische Dimension hat diese Richtlinien. Den Standpunkt kann man einnehmen, wir nehmen ihn ganz sicher nicht ein, das ist vielleicht deine Sache, das ist vielleicht eure Sache. Die politische Dimension ist es eben, wie sehr will ich Gewerbezone beziehungsweise auch Gewerbebetriebe in meiner Erdgeschosszone haben oder will ich das eigentlich gar nicht. Wie sehr will und öffne ich mich gegenüber Vereinen und Initiativen für die Zwischennutzung oder will ich auch das nicht und wie tue ich es mit dem Südsteirer, mit dem Oststeirer, mit dem Weststeirer oder auch der Südsteirerin, Oststeirerin, Weststeirerin und ich habe das Wort Migrant/Migrantin nicht verwendet in dem Zusammenhang, komisch dass du das sagst. Du hast es gesagt, ich habe nur gesagt, dass jemand, der nach Graz kommt, hier sich hier Hauptwohnsitz meldet ein Jahr lang, nicht auf die Warteliste darf und diese Jemand war nicht umschrieben mit Inländer, Ausländer, Drittstaatsangehöriger, Migrant/Migrantin, sonst was, das ist ein Thema, das macht eine andere Fraktion hier, das sollen die machen, das interessiert mich nicht. Und, noch einmal, am 23.10. wurde das von mir moniert, es wurde jetzt wieder im Ausschuss moniert, wenn das alles nicht geht, dann entschuldigte bitte, liebe Elke Kahr, dann ist das nicht seltsam, sondern dann ist es nur demokratisch, einen Abänderungsantrag einzubringen. Danke (*Applaus Grüne*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 15.30 Uhr den Vorsitz.

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Ich muss trotzdem noch eines sagen. Ein Richtungswechsel, um einfach die Kirche im Dorf zu lassen, sind diese neu überarbeiteten Richtlinien nicht, weil im Großen und Ganzen sowohl bei den Punkten für das Einkommen, sowohl für die Personenanzahl, Familien, als auch für die Wohnsituation im Großen und Ganzen hat es sich ja gezeigt, dass die letzten Vergaberichtlinien sich bewährt haben. Das war der Grund, warum ich damals die Kolleginnen und Kollegen hier auch im Gemeinderat, bevor wir, also wie es zu dieser Diskussion gekommen ist, ich sage, man darf nicht zu eine große Illusion haben über Vergaberichtlinienänderungen, die Leute schneller wohnversorgen zu können, das ist eine Illusion. Falls das irgendwer da hat, die einzige politische Dimension, weil der Karl Dreisiebner sich jetzt für die Geschäftstreibenden, die einzige politische Dimension, die überhaupt eine Rolle spielt, die sind wir jetzt bei den Budgetverhandlungen eingegangen und da hoffe ich nämlich, dass in Hinkunft sozusagen da eben tatsächlich eine Änderung, eine wesentliche, stattfinden wird, budgetiert ist sie nämlich, dass wir mehr Gemeindewohnungen haben, das ist die einzige tatsächliche politische Dimension, die in dieser Sache eine Rolle spielt (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Und dafür war es sehr wertvoll, dass wir in allen Bereichen des Wohnungswesens neue Wege gehen. Ich kann mich gut erinnern, als ich einmal vorgeschlagen habe, wir mögen einen Eigenbetrieb oder Gesellschaften gründen, welchen Aufschrei es in Summe gegeben hat. Heute sind wir froh, dass wir auch diesen Eigenbetrieb haben. Wir sind auch froh, dass wir sowohl einen bewährten damaligen Amtsleiter und einen heute sehr engagierten und auch erfahrenen neuen Amtsleiter und Geschäftsführer haben, wir haben jetzt neue Richtlinien, wir haben uns darauf verständigt, mehr Geld in die Hand zu nehmen, um Grundstücke zu kaufen, wir haben uns darauf verständigt, gemeinsam auch über neue Möglichkeiten einer

wieder Eigenerrichtung als Stadt von Gemeindewohnungen und Häusern darüber nachzudenken, also ich glaube, jetzt sind wir gemeinsam auf einem guten Weg und auch da gab es jetzt so lange Verhandlungen, dass wir auch als Volkspartei gerne zu dem Verhandelten heute stehen und hoffen, dass das so weitergeht, weil Graz wächst und zwar enorm, die sozial Schwachen suchen den urbanen Raum, also müssen wir uns alle anstrengen, wird auch im Dezember im Gemeinderat klar auf dem Tapet stehen, auch budgetär, ganz wichtig (*Applaus ÖVP*).

Der Abänderungsantrag der Grünen wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ, FPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit (gegen FPÖ und Grüne) angenommen.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck übernimmt um 15.40 Uhr den Vorsitz.

Berichterstatter: StR. Hohensinner, MBA

NT 26) A 8-031806/2006/0060

A 13-015601/201128

A 10/BD-012954/2012/11

Grundsatz- und Planungsbeschluss –
Eishalle Graz Generalsanierung und
Fußballstadien Umbaumaßnahmen;
Stadion Graz-Liebenau Vermögens- und
Verwaltungs GmbH; Ermächtigung für
den Vertreter der Stadt Graz gemäß § 87
Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt
Graz

StR. **Hohensinner**, MBA: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat! Dieses Stück, der Bürgermeister hat es schon gesagt, betrifft die neue Sportwelt Liebenau, nämlich die umfassende Sanierung der Eishalle und die Verbesserungsarbeiten bei der UPC-Arena. Seit ich im Gemeinderat bin, und das ist jetzt eigentlich sehr lange, seit 12 Jahren, diskutieren wir drüber, ob wir eine kleine Sanierung machen, eine größere Sanierung, ob wir die Halle neu bauen oder nicht. Es ist sicher nicht übertrieben, wenn ich jetzt und heute sage, dass der heutige Beschluss und der heutige Tag ein sehr wichtiger für den Grazer Sport ist. Wie schaut die Ausgangssituation aus? Die Ausgangssituation ist, dass die Eishalle wirklich sehr gut ausgelastet, nämlich nahezu 100 %, es gibt zu Randzeiten noch freie Eiszeiten. Von wem wird die Eishalle genutzt? Vom Profisport, Leistungssport, Breitensport und vom Publikumslauf. Jeder, der in den letzten Jahren einmal in der Eishalle zu sehen war oder selbst eben aktiv eisgelaufen ist, weiß und ist Zeitzeuge, dass wir einen dringenden Handlungsbedarf haben, die Halle ist am Ende ihrer Lebensdauer, der Lebensspanne angekommen. Es sind auch Sicherheitsmängel vorhanden, die einen weiteren Betrieb sicher nicht mehr lange gewährleisten würden. Der Beschluss ist grundnotwendig, auch für Special Olympics, wir wissen ja alle, dass 2017 die olympischen Spiele in Graz und in Schladming stattfinden und es gibt hier auch Pregames im Jahr 2016, das ist so die Vorolympiade und hier haben wir auf jeden Fall auch für diese Austragung geeignete Räumlichkeiten bereitzustellen. Das Bundesdenkmalamt hat ja zumindest Teile der Halle unter Denkmalschutz gestellt, was die Sache auch nicht einfacher macht. Wir haben das auch prüfen lassen, es hat sich herausgestellt, dass der Denkmalschutz pickt, und zwar das Dach der Halle war die Vorläuferkonstruktion des Münchner Olympia-Parks, das wissen vielleicht auch nicht alle und ausgehend von dieser Faktenlage haben sich drei mögliche Sanierungsschritte ergeben beziehungsweise auch ein Neubau, nämlich eine Minimalsanierung, eine umfassende Sanierung und ein Neubau auf der grünen Wiese. Bei der Minimalsanierung hätten wir die Halle dann wieder spätestens in zehn

Jahren wieder sanieren müssen, also diese Option fällt aus meiner Sicht aus. Der Neubau auf der grünen Wiese hätte auch vorausgesetzt, dass wir die Liebenauer Halle auch weiter als Eishalle weiterführen, das hätte natürlich auch mit sich gebracht, dass wir empfindlich mehr Geld investieren hätten müssen, es wäre natürlich ein weiterer Schritt für den Eissport gewesen. Ich habe anfänglich gesagt, dass wir sehr wenig Eiszeiten derzeit in Graz zur Verfügung haben, aber das hätte sich abgespielt bei zirka 45 Millionen Euro. Wir hätten diesen Schritt auch setzen können, wenn wir Bundesunterstützung bekommen hätten. Eine Bundesunterstützung bekommt man aber nur dann, wenn wir ein Bundesleistungszentrum in Graz etablieren würden und da ist die Voraussetzung, dass der österreichische Eishockey-Verband auch diesen Plan unterstützt. Ich habe den Sommer dafür genutzt, um in Österreich herumzufahren, ich war in Kärnten, in Wien, habe Vorstandsmitglieder besucht, habe für unseren Plan auch Werbung gemacht. Der Philip Hofer war auch mit dabei und ein gewisser Herr ■■■■, er ist Präsident vom Österreichischen Eishockeyverband, hat diesen Plan dann leider kaltgestellt, weil wir hätten schriftlich bekommen müssen, dass der Österreichische Eishockey-Verband so ein Vorhaben aktiv unterstützt, dann hätte auch der Bundesminister reagieren können und Bundesmittel bereitstellen können. Also diese Variante ist ausgefallen und wir haben uns jetzt für eine umfassende Sanierung entschieden, diese Variante sichert den Eishockeysport auf die nächsten Jahrzehnte ab, was, glaube ich, ein sehr, sehr großer Erfolg ist. Für die Finanzierung gibt es eine mündliche Zusage seitens des Landes, ich bedanke mich an dieser Stelle bei der Frau Vizebürgermeisterin, beim Bürgermeister, die beiden waren bei Herrn Landeshauptmann und bei unserem Landeshauptmannstellvertreter, da wurde die Vereinbarung getroffen. Ausgemacht sind 25 Millioneneuro eben für beide Vorhaben, 20 Millionen für die Eishalle, fünf Millionen für die Adaptierungsmaßnahmen im Fußballstadion und diese Kosten werden je zur Hälfte getragen, also 12,5 fürs Land und 12,5 für uns. Der heutige Beschluss ist ein Grundsatzbeschluss und wir beschließen auch die Planungsmittel

mit. Wir werden im März, so steht es im Stück, aber wahrscheinlich schon im Jänner auch die genauen Daten, wie der Bau abgewickelt wird, hier im Gemeinderat diskutieren und dann auch, hoffentlich, beschließen, aber ich gehe davon aus. Was wird in der Eishalle neu gemacht? Die Fassade, die gesamte Technik, der Brandschutz, die Kabinen, die Sanitäranlagen, Neuordnung der Publikumsplätze, da wird überlegt, so eine Arenasituation zu gestalten, der Gastrobereich und die Medienarbeitsplätze. Was wird im Fußballstadion gemacht? Die Sanitäranlagen, die Kantine, die Fantribüne und der VIP-Bereich. Und wie schaut der bauliche Ablauf aus? Es ist ja wichtig, dass wir den Spielbetrieb der 99er absichern, es hat mit den Vereinen ausführliche Vorgespräche gegeben, es wird ein modularer Umbau gewählt, das heißt, die großen Umbauschritte werden über die Sommermonate durchgeführt. Je nachdem, ich hoffe, die 99er werden auch weit kommen, frühestens geht es, glaube ich, ab März, aber spätestens im April und dann haben wir Zeit bis September, alle anderen Bauarbeiten werden parallel laufen und so wie es ausschaut, kann wirklich der Betrieb so weitergeführt werden. Über die Sommermonate brauchen die 99er auch Raum für das Training, hier haben wir vor, die zweite Eisfläche, die ja vorhanden ist, einzuhausen. Dem Ausschuss war es auch wichtig, dass man die Einhausung nicht nur provisorisch macht, sondern auch vielleicht längerfristig auch erhalten kann, das wäre auf jeden Fall dann eine Weiterentwicklung der Eisflächen. Soviel zum Ablauf, es wird auch ein Lenkungsausschuss eingerichtet, der Lenkungsausschuss wird die Projektkoordination übernehmen und ich hoffe, und die freiheitliche Partei hat jetzt auch die Zustimmung signalisiert, dass wir das möglichst einstimmig heute beschließen werden, das ist ein schönes Zeichen für den Grazer Sport und ich bedanke mich abschließend bei allen Stellen, die hier mitgeholfen haben, bei der Stadtbaudirektion, bei der Finanzdirektion, bei der GBG und beim Steirischen Eishockeyverband, allen voran bei Kurt Eschenberger, der hat mich begleitet im Sommer und ich möchte wirklich sagen, der Steirische Eishockeyverband hat hier großen Anteil, dass wir eine Umsetzung zusammenbringen. Danke (*Applaus ÖVP*).

Der Berichterstatter stellt namens des Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschusses, des Ausschusses für Bildung, Integration und Sport und des Ausschusses für Stadt- und Grünraumplanung den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 87 Abs. 2 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl.Nr. 130/1967 idF. LGBl.Nr. 77/2014 im Sinne des Motivenberichtes, unter der Bedingung einer rechtsverbindlichen Zusage (Landesregierungsbeschluss) von Sonderbedarfsmitteln des Landes in Höhe von 12,5 Mio. Euro, auszahlbar in zwei Tranchen in den Jahren 2016 und 2017, beschließen:

Der Gemeinderat beschließt grundsätzlich die beschriebenen Maßnahmen für die Eishalle Graz (Generalsanierung) und den Bereich Fußball (Umbau, Sanierung) in der Gesamthöhe von 25,0 Mio. Euro zuzüglich USt.

Die Durchführung soll in der Stadion GmbH unter schnittstellenkonformer Zuhilfenahme der GBG (für das Baumanagement) zu marktüblichen Preisen sowie der involvierten städtischen Stellen erfolgen.

Für gestalterisch relevante Baumaßnahmen ist von der Stadtbaudirektion ein Wettbewerb in Zusammenarbeit mit der Stadiongeseellschaft durchzuführen.

Für das gesamte Projekt wird ein begleitender Lenkungsausschuss eingerichtet, der sich voraussichtlich aus VertreterInnen des Landes Steiermark, der Stadt Graz, der Stadiongeseellschaft und dem Projektmanagement zusammensetzt.

Um den Terminrahmen sicherstellen zu können, wird hiermit die Genehmigung für Teile der Phase 1 (notwendige Planungen bis zur Projektgenehmigung für den Eisbereich) und für den Fußball in der Höhe von € 410.000,- zuzüglich USt. (350.000,00 zuzüglich USt. für die Eishalle und 60.000,00 zuzüglich USt. für den Fußball) erteilt und der Vertreter der Stadt Graz in der Stadion Graz-Liebenau Vermögensverwertungs- und VerwaltungsGmbH, StR. Univ.-Doz. DI Dr. Gerhard

Rüsch, zur Stimmabgabe in der Generalversammlung der Gesellschaft auf Basis des beiliegenden Umlaufbeschlusses ermächtigt.

Nach Vorliegen der Detailplanungen (voraussichtlich im März 2015) ist das Projekt zur endgültigen Genehmigung (Phase 2: Bau) abermals dem Gemeinderat vorzulegen. Gleichzeitig ist dann der Ergebnisabführungsvertrag entsprechend der aktualisierten Mittelfristplanung der Stadion Liebenau GmbH anzupassen.

GR. Mag. **Sippel**: Hoher Gemeinderat! Ich muss ein bisschen auf die Euphoriebremse treten, ich meine, Kurt Hohensinner, ich verstehe natürlich, dass du dich da abfeierst lässt, ganz klar. Aber noch ist das Ganze noch nicht in trockenen Tüchern. Ich möchte vielleicht da ganz kurz darauf eingehen, was der Bürgermeister da so flapsig vorher von sich gegeben hat, dass die FPÖ sich gegen Investitionen stellt, ganz das Gegenteil ist der Fall. Nur im Unterschied zu allen anderen haben wir eine Prioritätenliste aufgestellt und haben gesagt, was ist wirklich notwendig in dieser Stadt und wo ist es wirklich essentiell zu investieren und das sind halt einmal diese Dinge wie Straßen oder desolate Brücken, wo es tatsächlich um Leben und Tod geht (*Applaus FPÖ*). Ich glaube, da sollten wir den Hebel ansetzen und einmal als Erstes investieren und wenn dann noch ein Geld überbleibt, dann kann man natürlich auch in Sportinfrastruktur, wie das in diesem Beispiel der Fall ist, investieren und dazu bekennen wir uns ja auch, und eine Stadt wie Graz mit 300.000 Einwohnern, einem Einzugsgebiet von über 400.000, braucht natürlich auch diese Sportinfrastruktur, das ist völlig klar. Da geht es um viele Kinder, die hier Sport betreiben, da geht es um Breitensport, da geht es um Profisport, dazu gibt es von uns ein ganz ein klares Bekenntnis. Nur die Finanzierung, das ist halt noch so eine Sache und ich möchte dir, und deswegen unterstützen wir auch den Zusatzantrag, ich möchte dir schon noch auch den Auftrag und den Appell

mitgeben, lieber Kurt Hohensinner, und zwar, dass du noch einmal alles probierst, noch einmal deine Koffer packst, auf Reise gehst, im Speziellen natürlich in die Bundeshauptstadt, dort noch einmal vorstellig wirst und auch Druck machst an den steirischen Sportminister Klug, der muss ja bitte auch ein Interesse haben, dass in seiner Stadt Entsprechendes entsteht und das der Bund hier auch unterstützt und sich nur so quasi hinter Regelungen zu verstecken, dass nur ein Bundesleistungszentrum, wo ich überhaupt nicht verstehe, dass der österreichische Eishockeyverband sich so dagegen verwehrt, dass man dann nur fördert, wenn es dieses Leistungszentrum gibt, da muss man eben probieren, dass man hier auch alles in Bewegung setzt, um auch an diese Bundesfördermittel zu kommen, das ist so quasi auch die Aufgabe, die wir dir mit auf den Weg geben. Wir haben es dann, wenn es zum Finanzstück geht, für uns auch davon abhängig, ob da auch ein entsprechend vernünftiges Finanzierungsmodell dann dahintersteckt. Ich möchte nur eines noch anmerken, was die Förderungen hinsichtlich des Landes betrifft. Also wir kennen das ja, ich habe jetzt in dem Stück noch nichts Schwarz auf Weiß gesehen, dass es da irgendwelche, außer mündliche Vereinbarungen, irgendwelche verbindliche Verträge auch gibt, weil bei der Verlängerung der Linie 7 hat das Land auch eine Förderzusage gemacht und dann wollten sie auf einmal nichts davon wissen und das hat dann auch die Stadt Graz alleine tragen müssen und das ist halt etwas, was uns in diesem Fall nicht passieren sollte, weil 25 Millionen Euro der Stadt alleine aufzubürden, also das ist etwas, was mit Sicherheit nicht gehen soll....

Zwischenruf StR. Hohensinner, MBA: Du hast das Stück nicht genau gelesen.

GR. Mag. **Sippel**: Da muss man aufpassen und das ist eben auch deine Aufgabe, dass da nichts anbrennt und dass da auch alle, die hier Zusagen tätigen, sich auch beteiligen. Abschließend vielleicht, es ist halt einmal ungeschickt und es ist eine schiefe Optik, wenn man vorher ein Stück zur Abstimmung bringt, ein Vertragswerk, eine Darlehensaufnahme, wo halt schon vorher die Budgetierung der Eishalle drinnen ist, bevor man überhaupt einen Grundsatzbeschluss fasst. Also das ist ein Herumhantieren, da stimmt die Reihenfolge nicht, deswegen haben wir uns da auch zu Recht kritisch geäußert. Wenn dann müssen wir schon die Reihenfolge einhalten, zuerst einmal einen Grundsatzbeschluss und dann die Finanzierung, aber wir kennen natürlich diese Tricks, die da angewandt werden und was da auch tatsächlich dahintersteckt. Nichtsdestotrotz bekennen wir uns zu einer Eishalle Liebenau und zur Sanierung der UPC-Arena und deswegen wird es für diesen Grundsatzbeschluss eine Stimme der FPÖ geben (*Applaus FPÖ*).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Vielleicht fange ich mit der Reihenfolge an, die gerade erwähnt worden ist. Wesentlich bei der Reihenfolge ist, zuerst lesen und dann über ein Stück reden. Im Antrag steht drinnen, unter der Bedingung einer rechtsverbindlichen Zusage des Landes, also wer den Antragstext liest, bevor man redet, dann kann man sich diese Wortmeldung sparen (*Applaus ÖVP, KPÖ, SPÖ und Grüne*). Kein Aber, lest zuerst die Stücke, ich weiß schon, warum die FPÖ sagt, dass Politiker zuviel verdienen, wenn ich das Stück nie durchlese, dann würde ich auch zuviel verdienen. Aber es gibt andere, die schauen Stücke genauer an und das ist ja nicht einmalig, kann passieren, aber das passiert ja die ganze Zeit, siehe auch die alten Stücke usw. Also bitte ganz klar zum Stück, Bedingung im Stück ist unter rechtsverbindlicher Zusage des Landes, macht ja auch nur so Sinn. Das andere ist auch angezogen worden, einerseits stimmen wir zuerst gegen eine günstige Finanzierung und nachher

regen wir uns auf, das es keine Finanzierung gibt, das ist auch eine interessante Geschichte, aber ok, ich glaube, es wäre wichtiger, zum Stück selbst zu kommen. Beim Stück selbst, danke für die wichtige Arbeit, es hat sich schon länger hingezogen, gehört auch gut vorbereitet, wir brauchen diese Sanierung, überhaupt keine Frage, wir haben das heute auch schon gehört, die wirtschaftliche Nutzungsdauer wurde schon fast optimal ausgereizt; bis die Sanierung fertig ist, brauchen wir ganz dringend diese Geschichte und vielen Dank dafür. Es gibt trotzdem zwei Dinge, auf die ich hinweisen möchte bei dem Ganzen. Das eine ist, naja, doch eine kleine Unklarheit, völlig klar sind diese 20 Millionen für den Eisbereich, bei den fünf Millionen wird es ein bisschen unklar, ist ja nicht ganz die große Tragik, aber ein bisschen verwundert sind wir schon. Im Sportausschuss, so wie auch heute, sagst du fünf Millionen für das Stadion in der UPC-Arena, im Finanzausschuss haben wir nachgefragt, beim Stück steht ja Fußballbereich, dann kommt manchmal Sportzentrum Weinzödl dazu, dann hat es geheißen rund vier Millionen für Liebenau und eine Million für Sportzentrum Weinzödl. Auch dort sind sinnvolle Dinge geplant, wir würden es gerne ein bisschen genauer wissen, wo jetzt die fünfte Million hingehet, wenn es sich heute nicht klären lässt, ok, es kommt demnächst ja das Stück, wo es sowieso genauer drinnen stehen sollte, aber ein bisschen unklar ist es schon und gerade beim Sportzentrum Weinzödl wissen wir ja auch, da hat es einige Geschichten gegeben, wir haben es saniert um einen Betrag, wo wir gemeint haben, er ist zu gering, jetzt geht wieder ein Geld hin. Wir würden es gerne genauer wissen, ich weiß nicht, ob es heute klärbar ist, wenn nicht, stimmen wir trotzdem dem Stück zu, ein wichtiges Stück, je mehr Zustimmung desto besser. Aber ein bisschen genauer brauchen wir es irgendwann. Die andere Geschichte ist aus unserer Sicht auch erfreulich. Ich habe im Ausschuss auch gefragt, macht es einen Sinn, diese Planung jetzt anzufangen, die dringend notwendig ist vom Zeitpunkt her, wenn die Finanzierung in Summe noch nicht ganz gesichert ist. Nicht ganz gesichert, nicht, dass wir einen Kredit nicht bekommen würden, das ist schon klar, sondern auch ganz gesichert ist im Sinne von Finanzentwicklung der Stadt Graz,

weil, wie ihr wisst, diese 100 Millionen verbraucht sind oder verplant sind usw. Außerdem hätte es interessiert, wie sollen wir diese 12,5 Millionen der Stadt überhaupt reinbringen, wie schaut das aus, woher kommt das und da glaube ich, hat der Gerhard Rüschi die richtigen und mutigen Worte gefunden, wie er gesagt hat, naja das ist so wichtig, das machen wir auf jeden Fall, kann auch sein, dass der Schuldenstand steigt, gut und sinnvoll und bestens, wir sind froh, dass das jetzt endlich gefallen ist. Man muss es nachher immer besser wissen, aber ihr wisst alle, wir haben schon länger darüber diskutiert, dass das nicht ausreichen wird. Ich sehe das halt einfach jetzt an der Grenze angekommen, wir müssen wichtige Sanierungen durchführen, das ist gut so, wenn die Schulden auch über 1,33 drüber raussteigen, in einer wachsenden Stadt sollte das kein Problem sein, aber festhalten möchte ich es da doch. In dem Sinn volle Unterstützung für das Stück von den Grünen (*Applaus Grüne*).

GR. Dr. **Hofer**: Wir haben gestern im Ausschuss sehr lange, also diskutieren ist das falsche Wort, eigentlich produktiv gesprochen über das ganze Projekt und ich darf eben auch den Zusatzantrag im Namen, glaube ich, doch aller Parteien einbringen. Im Endeffekt möchte ich ein bisschen was dazu erläutern. Es ist vom Sportstadtrat Kurt Hohensinner schon gefallen, dass der Bund nur mitfinanziert, wenn ein Bundesleistungszentrum, im Gesetzestext steht, glaube ich, drinnen, ein Projekt des nationalen Interesses entsteht. Dazu bedarf es quasi eines Bundesleistungszentrums, weil ein anderes Instrument haben wir derzeit im Sport auch nicht, um das auch wirklich jetzt rechtlich auf das Papier zu bringen. Dieses Bundesleistungszentrum ist derzeit im Eishockey noch nicht vergeben. Dazu muss man auch sagen, Eishockey spielen ja nicht nur die Männer, sondern mittlerweile seit längerer Zeit auch die Frauen und das auch sehr erfolgreich. Wir haben auch 2009 eine Weltmeisterschaft

in Graz gehabt in der Division 1, also die B-Weltmeisterschaft. Da gibt es im Endeffekt zwei Bundesleistungszentren, eines für Herren und eines für Damen. Der österreichische Eishockeyverband, der ist ein dafür zuständiges Organ als Bundesfachverband, muss da eine Empfehlung abgeben, ohne diese Empfehlung können diese Bundesmittel aus diesem Topf heraus nicht genommen werden. Ich gebe dem Klubobmann Sippel absolut Recht, es ist nicht zu verstehen, warum der österreichische Eishockeyverband in der zweitgrößten Stadt Österreichs mit einem Profi-Team, das jetzt die 99ers seit 1999, aber schon über viele Jahre hinaus große Tradition hat, ein, sage ich, über die Grenze hinaus bekanntes Publikum hat, sehr viele Spieler aus der Steiermark entwickelt hat, wir ein Landesleistungszentrum haben, wir im Endeffekt mit den ganzen Vereinen, die wir in der Steiermark beheimaten, der größte Landesverband Österreichs sind, dass der im Endeffekt da keine Empfehlung abgibt, nämlich weder für Herren noch für Damen. Da sollte man auf jeden Fall noch einmal nachfragen, weil im Endeffekt ist in diesen ganzen Vorgesprächen das nicht klar vom österreichischen Eishockeyverband ausgesprochen worden und das ist eigentlich vor allem deswegen nicht zu verstehen, weil es seit heuer ein Austrian Hockey Forum gibt, wo im Endeffekt Leute aus dem Sport, aus dem Eishockeysport an der Entwicklung des Eishockeysports arbeiten. Da hat es heuer in Liefing im Sommer eine große Sitzung gegeben und der Sportdirektor, der für diese Entwicklungskonzepte zuständig ist, Alpo Suhonen, wird regelmäßig in Vorträgen zitiert beziehungsweise auch nicht müde, es selbst zu erwähnen, dass Österreich deswegen im Eishockey ein Problem hat, weil man einfach zu wenig Infrastruktur haben und viel zu wenig Hallen haben und Österreich muss Hallen entwickeln. Da frage ich mich dann, wie kann der österreichische Eishockeyverband in Person des Präsidenten da dagegen sein. Des Weiteren ist es für mich auch die Frage jetzt, ob der Bund im Endeffekt nur Mittel über Bundesleistungszentren vergeben kann und man nicht anfragen kann, ob es da nicht für infrastrukturelle Projekte, die ja de facto auch von nationalem Interesse sind, Gelder freimachen kann.

Nationales Interesse deswegen, wir haben schon angesprochen die Special Olympics, die natürlich eine hervorragende Veranstaltung sind, um auch Graz wieder zu präsentieren, aber es geht natürlich in einer neuen Eishalle, die natürlich so modern wie möglich und nach internationalen Kriterien gebaut werden soll, auch darum, dass wir internationale Veranstaltungen wieder nach Graz bekommen. Davon gibt es vielzählige, sind das Weltmeisterschaften, internationale Vergleichskämpfe, Trainingslager der Nationalmannschaften, also da kann man schon sehr, sehr viel machen und ich glaube schon, dass das auch für den Bund ein Argument sein sollte, in Graz sich nicht komplett herauszuhalten und ich möchte es einmal nett formulieren, vielleicht laden wir den Bund durch diesen Zusatzantrag noch einmal ein, die Stadt und auch das Land zu entlasten mit diesen Kosten. Deswegen darf ich den folgenden Zusatzantrag einbringen, der sich in vier Punkte gliedert, der erste Punkt: Die Stadt Graz fordert vom Präsidenten des Österreichischer Eishockeyverbandes, Dr. Dieter Kalt, und dessen Sportdirektor Alpo Suhonen auf, eine schriftliche Stellungnahme, aus welchen detaillierten Gründen ein Bundesleistungszentrum für Damen oder Herren in Graz nicht die notwendige Unterstützung des ÖEHV erfährt. Weiteres wird um eine Stellungnahme zur Errichtung eines Kompetenzzentrums oder eines Stützpunktes für sämtliche Damennationalmannschaften in Graz ersucht, diese gibt es nämlich eigentlich schon, weil seit fünf Jahren die Damennationalteams eigentlich immer nur in Graz trainieren. Also könnte man das auch offiziell deklarieren. Der zweite Punkt: Die Stadt Graz fordert den Sektionsleiter des Dameneishockeys im Österreichischen Eishockeyverband, Martin Kogler, auf, eine Stellungnahme zur Errichtung eines Kompetenzzentrums oder eines Stützpunktes für sämtliche Damennationalmannschaften in Graz zu entwickeln. Der dritte Punkt: Die Stadt Graz richtet eine Petition an das Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport, die vom ÖEHV eingebrachte Stellungnahme bezüglich einer Ablehnung eines Bundesleistungszentrums auf ihre Stichhaltigkeit zu prüfen sowie in Graz in der

geeigneten Form vorzustellen. Der vierte und letzte Punkt: Die Stadt Graz richtet eine Petition an das Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport, für das Projekt „Eishalle Liebenau“ finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Ich bitte um Annahme (*Applaus ÖVP*).

StR. **Hohensinner**, MBA: Ich möchte die Frage von Herrn Gemeinderat Wohlfahrt beantworten, weil im Stück kommt Weinzödl sehr wohl einmal vor, aber es ist eine Feststellung im Stück und im Ausschuss war die Astrid, glaube ich, kann ich mich erinnern und da ist die Frage auch gestellt worden.

Zwischenruf unverständlich.

StR. **Hohensinner**, MBA: Ok, im Sportausschuss habe ich das beantwortet. 20 Millionen sind jetzt für die Eishalle vorgesehen, fünf für die UPC-Arena. Ich habe gesagt, sollte sich herausstellen, dass nicht fünf Millionen benötigt werden für die UPC-Arena, könnte ich mir vorstellen, dass wir uns wieder zusammensetzen im Sportausschuss und dass wir dann schauen, wo wir dieses Geld einfließen lassen könnten. Wir haben einen bestehenden Antrag, also einen bestehenden Beschluss, dass wir in Weinzödl die Anglo-amerikanischen Sportarten ausbauen möchten und ich denke, dass das auch ein geeignetes Projekt wäre. Aber sollten Mittel frei werden, werden wir uns im Ausschuss und im Gemeinderat noch einmal befassen.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Ganz kurz zur Kommunikation. Wir kommunizieren sehr gut miteinander, deswegen ist uns aufgefallen, dass im Finanzausschuss das anders berichtet wurde und das ist der Punkt, auf den ich hinweisen wollte. Gestern der Bericht von dir, heute im Finanzausschuss hat es geheißen, zirka vier Millionen für die UPC und eine Million für Weinzödl. Das wird sich klären lassen, aber wir kommunizieren so gut, dass diese unterschiedlichen Berichte aufgefallen sind, das war der Hinweis (*Applaus Grüne*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Einfach ganz kurz nochmals wiederholt, weil mich das einfach stört, wenn dann in der Diskussion immer Wortmeldungen kommen, als wäre die Finanzierung nicht klar und eindeutig, sie ist klar und eindeutig. In dem Stück geht es, was die Stadt Graz betrifft, um 12,5 Millionen Euro und um keinen einzigen Euro mehr. Die Projektsumme ist 25 Millionen Euro und das Stück ist, wie öfter schon heute gesagt, bedingt abgeschlossen, wenn die 12,5 Millionen Euro nicht kommen, dann kommen auch die 12,5 Millionen Euro der Stadt Graz nicht oder es gibt ein Projekt, das dann nur mit 12,5 Millionen Euro kommt, das ist die erste Geschichte. Die zweite Geschichte ist, weil wir vor allem im Zusammenhang mit der EIB davon gesprochen haben, dass dort in der Projektliste 25 Millionen Euro drinnen stehen bei der Eishalle. Selbstverständlich können wir, nachdem die Finanzierung so günstig ist, sie ist übrigens noch günstiger geworden, darf ich in einem Nebensatz sagen, und zwar, weil sich die halbe Stunde nochmals geändert hat und wir sind nun bei insgesamt 1,887 % für die... Wir können selbstverständlich die Eishalle zur Gänze finanzieren, zu 100 % finanzieren und diese gute Finanzierung auch dem Land anbieten. Aber was die Belastung des Budgets bleibt, sind die 12,5 Millionen Euro und das letzte, Herr Sippel, lieber Armin, keine Märchen, wir haben selbstverständlich auch für die erforderliche Brückensanierung im nächsten Budget jedenfalls zwei

Millionen Euro drinnen, wir haben auch darauf nicht vergessen, also bitten lassen wir die Dinge so, wie sie sind, so wie sie beschlossen sind und so wie sie geplant sind und hören wir bitte mit den Märchen auf, was irgendwas kosten könnte, es gibt da ganz klare Bestimmungen und die wollen wir einhalten, die werden wir auch einhalten (Applaus ÖVP).

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.

Der Zusatzantrag der ÖVP wurde einstimmig angenommen.

Berichterstatter: GR. Dipl.-Ing. Topf

NT 27) A 8-66149/2013-32

Stadtbaudirektion
Bahnunterführung Josef Huber Gasse,
1. Projektgenehmigung über € 2.750.000,-
in der AOG 2014-2017
2. haushaltsplanmäßige Vorsorge von
€ 50.000,- in der AOG 2014
3. Reduzierung von diversen bestehenden
Projektgenehmigungen

NT 28) A 10/BD-023257/2003/497

Bahnunterführung GW 2a Josef-Huber-
Gasse;
Projektgenehmigung über 2,750 Mio.
€ für den Zeitraum 2014 – 2017 für
Planung und Grundeinlösen

GR. Dipl.-Ing. **Topf**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, hoher Stadtsenat, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Es geht hier bei diesem Stück um die Bahnunterführung, heute ist sie schon angesprochen worden GW2a Josef-Huber-

Gasse. Es geht im Wesentlichen darum, und ich glaube, die Geschichte kann ich in zwei/drei Worten erzählen, dass seit dem Jahre 1999 über diese Unterführung Josef-Huber-Gasse schon gesprochen wurde. Es immer wieder Diskussionen gegeben hat, welche Unterführung sozusagen sollte vorrangig behandelt werden und letztendlich ist aus der Geschichte heraus entstanden, dass anstelle, sage ich einmal, vorläufig anstelle der Unterführung Josef-Huber-Gasse die Unterführung Friedhofgasse mit einer Rad-und Fußweg-Unterführung gemacht wurde. Zu dem damaligen Zeitpunkt, wo wir im Gemeinderat entschieden haben, dieses Stück zurückzustellen, war natürlich nicht absehbar, wie sich das Projekt Reininghaus entwickelt. Jetzt ist wieder das Stück sozusagen spruchreif deshalb geworden und da möchte ich schon darauf hinweisen, dass wir seinerzeit im Rahmenplan, wo ich hier auch berichten durfte, schon ganz klar ausgesprochen wurde, da ist es heute ein bisschen missverständlich diskutiert worden, dass auch im 4.0 STEK ganz klar ausgesprochen wurde, dass, wenn zu einem bestimmten Zeitpunkt des Bebauungsgrades es notwendig ist, zusätzlich zum Modal Split von 25 %, so steht es nämlich ausdrücklich auch in den Überlegungen des damit befassten Büros, auch der Ausbau der Unterführung Josef-Huber-Gasse erfolgen sollte. Das heißt, abhängig von der Situation Reininghaus müsste auch, und das wurde, wie gesagt, im Rahmenplan bereits so hier niedergeschrieben, auch diese Josef-Huber-Gasse wieder zur Überlegung gelangen. Ich glaube, das ist der wesentliche Punkt, die Josef-Huber-Gasse ist jetzt sozusagen spruchreif geworden aufgrund der Situation Reininghaus und die Geschichte, die wechselhafte Geschichte hier bei dieser Josef-Huber-Gasse-Unterführung versuchte ich ein bisschen darzustellen, ist auch im Stück sehr ausführlich beschrieben, auch die bautechnischen, statischen Rahmenbedingungen mit der Unterführung der Marienhütte sind hier sehr ausführlich beschrieben. Jetzt geht es darum, dass wir sozusagen den ersten Schritt setzen und das ist auch heute schon angesprochen worden, dass wir unbedingt notwendigerweise auch mit den dort beheimateten Firmen die Gespräche führen müssen, weil natürlich auch dort Ausbauwünsche, auch

dort Planungen für die Zukunft angedacht sind, die jetzt insbesondere mit der Grundablöse für diese Unterführung zu tun haben. Also es ist wichtig, hier die ersten Schritte zu setzen und deshalb geht es in diesem Stück vorläufig „nur“ bitte unter Anführungszeichen, um die Kosten für die Grundabläsen und für die notwendigen Planungen, die in diese Richtung voranzutreiben sind. Also Grundstücksabläsen, wie gesagt in Absprache mit den betroffenen Grundstückseigentümern und auch, wie gesagt, noch einmal zurückkommend auf die Geschichte, auch schon postuliert im Rahmenplan, der hier einstimmig auch beschlossen wurde. Ich darf daher sozusagen gemeinsam mit dem Finanzausschuss den Antrag stellen, dieser eher technisch gehaltene Bericht wird zur Kenntnis genommen, der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz erteilt die Projektgenehmigung in Höhe von 2,7 Millionen Euro und die Bedeckung der Kosten erfolgt auf dem parallel aufgestellten beziehungsweise erstellten Finanzstück mit den Aufteilungen der Kosten für die Jahre 2014 in der Summe, und das wurde im Stück korrigiert auf 100.000 Euro, 2015 1,5 Millionen Euro, 2016 1,0 Millionen Euro und 2017 150.000 Euro, somit in Summe 2,750.000 Euro und viertens, die Stadtbaudirektion wird unter Einbeziehung der betroffenen Magistratsabteilungen mit der Projektleitung des Gesamtprojektes bevollmächtigt. Ich ersuche um Zustimmung zu beiden Stücken.

Zu NT 27):

Der Berichterstatter stellt namens des Personal-, Finanz-, Beteiligungs- und Immobilienausschusses den Antrag, der Gemeinderat wolle gemäß § 90 Abs. 4 IVm 95 Abs. 1 des Statutes der Landeshauptstadt Graz, LGBl. 130/1967 idF. LGBl. 87/2013, beschließen:

1. In der AOG 2014 bis 2017 wird die Projektgenehmigung „Josef-Huber-Gasse“ über € 2.750.000,- (davon 2014 € 100.000,-, 2015 € 1.500.000,-, 2016 € 1.000.000,- und 2017 € 150.000,-) beschlossen.

2. In der AOG 2014 wird die Fipos

5.61200.001800 „Unbebaute Grundstücke, Josef-Huber-Gasse“
(Anordnungsbefugnis: BD)
(Deckungsklasse: BD071) mit € 100.000,-

geschaffen und zur Bedeckung die Fipos

6.61200.346000 „Investitionsdarlehen von Kreditinstituten“

um denselben Betrag erhöht.

3. Zur Bedeckung der oben genannten Investitionssumme von € 2.750.000,- werden im Rahmen der Investitionsplanung 2013 bis 2017 für das Haus Graz Projektgenehmigungen reduziert:

Verkehrerschließung Reininghaus (GRB. v. 4.7.2013,
A 8-6640/2013-22) um € 1.000.000,-

NVK Hauptbahnhof (GRB. v. 19.9.2013, A 8-6640/2013-23)
um € 1.750.000,-

Zu NT 28:

Der Berichtsteller stellt namens des Ausschusses für Stadt- und Grünraumplanung und des Ausschusses für Verkehr den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Der vorstehende Bericht wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz erteilt die Projektgenehmigung in Höhe von 2,750 Mio. €.
3. Die Bedeckung der Kosten erfolgt auf den im parallelen Finanzstück festzulegenden Voranschlagsstellen.

Die Jahresaufteilung beträgt:

bisherige Aufgaben:	4.944,00
2014:	100.000,00
2015:	1.500.000,00
2016:	1.000.000,00
<u>2017:</u>	<u>150.000,00</u>
Summe	2.750.000,00

4. Die Stadtbaudirektion wird unter Einbeziehung der betroffenen Magistratsabteilungen mit der Projektleitung des Gesamtprojektes bevollmächtigt.

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Das hast du schon im Ausschuss gesagt.

GR. **Dreisiebner:** Aber das wissen die anderen ja nicht, was ich gesagt habe. Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Georg Topf! Ein Gries-Bewohner, der du bist. Wir wären grundsätzlich voll dafür, diese Grundstückseinzölungen, die ja jetzt in einem Zeitfenster sehr gut möglich sind, zu tätigen und das hier alles zu sichern für die Zukunft, das ist nicht das Problem. Das Problem ist, wenn man den Motivenbericht genauer durchliest ist, dass Planungsabläufe bis hin zur Bauphase im Bericht schon terminisiert sind und aufgezählt sind. Gelder für Planungen reserviert sind mit diesem Beschluss. Auch über das könnte man reden, nur es ist genau das, wo wir vorher schon beim Stück aus dem Kulturbereich, Kulturdialog Reininghaus, sehr intensiv diskutiert haben. Es wird hier auf der einen Seite der Straßenbahnausbau, sowohl was die Linie 8 Südwestlinie über den Griesplatz betrifft, terminlich irgendwo nach hinten geschoben von 2018 etwa auf 2023 und neuerdings sagt man ja gleich immer dazu, aber nur wenn man es irgendwie finanzieren können und das können wir nicht. Ähnliches gilt für die Linie 3, ich möchte auch noch erinnern, was die Verkehrsführung betrifft, hier auch große Probleme etwa bei der Südwestlinie

Griesplatzführung eine Umwegfahrt im gemischten Verkehr geplant sind und hier kommt dann noch diese Unterführung dazu, zeitlich weiter nach vorne gerichtet in Konkurrenz zur Straßenbahnlinie über den Griesplatz, weil wo wird verdammt noch einmal die Autobahn aus der Weststeiermark vom Steinberg herunter, Wetzelsdorfer Straße, Josef-Huber-Gasse, wo wird denn der Autoverkehr landen? In der Rösselmühlgasse und am Griesplatz, dort wird er landen und dort steht dann die Straßenbahn in der Frühspitze und am Nachmittag im wahrsten Sinn des Wortes, weil fahren geht nicht mehr. Und da bin ich genau an dem Punkt, wo ich mit dem Herrn Bürgermeister mit den Ansätzen aus der Stadtplanung und der Verkehrsplanung gar nicht mehr d'accord gehe, dass man auf einem guten Weg sind. Wir sind auf einem nicht guten Weg und ganz anders als in Wien, statt Aspern, wo die Leute hinziehen und die U-Bahn ist schon dort, wird es in Graz irgendwann heißen, zieht nach Reininghaus, die neue Autoverbindung in die Innenstadt ist schon da und das ist der Unterschied. Ich weiß schon, dass am Ende, wenn die diversen Bruttogeschossflächen entwickelt sind, im Rahmenplan steht, dass diese Unterführung eine Option ist beziehungsweise kommen sollte, aber zur selben Zeit sollten auch die Straßenbahnen fahren und hier fehlt es am Gleichklang beziehungsweise fehlt es noch ein Stückel weiter an der richtigen Prioritätensetzung. Das eine ist mit 2020 terminisiert, das andere mit 2023, Fragezeichen Finanzierung; hier, glaube ich, Erfahrung macht natürlich auch ein bisschen klüger. Bei Straßenbauprojekten ist man da immer ein bisschen schneller beieinander. Es geht hier in die falsche Richtung und zum Abschluss zu kommen, Reininghaus geht leider nicht alles so gut, wie man es sich wünscht, es ist noch nicht alles verloren, aber wenn ihr dem zustimmt, seid ihr wieder ein Stückel weiter weg von es wird gut werden. Es wird kein cooler Stadtteil, es wird kein cooles Gries geben, es wird ein autoübertanntes kaltes Gries und auch einen kalten Grazer Westen geben. Danke (*Applaus Grüne*).

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 16.05 Uhr den Vorsitz.

GR. Dr. **Piffli-Percevic**: Frau Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen! Aspern, ja wir sind leider nicht in der glücklichen Lage. Wien kriegt 50 % der U-Bahnen vom Bund vorab, ich glaube, die brauchen überhaupt nur das in einen Postkasten werfen ein Projekt bei der Bundesregierung und sie haben automatisch, ist im Übrigen bei den Großgeräten im medizinischen Bereich auch so. Die haben wirklich einen Vorteil, wir müssen schonungslos mit baureifen Planungen dort auftreten, bevor wir überhaupt eine Chance bekommen auf eine Co-Finanzierung. Wir haben es genau jetzt wieder hoffentlich bewiesen, wir sind entschlossen, die Eishalle zu bauen, wir müssen auch sozusagen in Vorleistung treten, was die Planungen betrifft und haben dann die Chance, da gibt es x Beispiele in der Steiermark. Oberösterreich hat heute noch keine Pyhrnautobahn im Vollausbau, wir hatten sie, weil wir geplant haben auf Landeskosten und...

Zwischenruf StR.ⁱⁿ Rüscher: Die Bahn aber nicht.

GR. Dr. **Piffli-Percevic**: Die Bahn fährt immerhin, da war noch ein anderes Projekt, aber wir sind dort auch auf dem guten Wege, Koralmbahn, Semmeringbahn, wir kämpfen und haben auch hier eine wesentlich bessere Ausgangsposition, Koralmbahn ist übrigens auch jetzt noch einmal das Stichwort. Josef-Huber-Gasse-Unterführung führt unter die dann vierspurig funktionierende Koralmbahn, wo

hoffentlich die Leute nicht mit dem Auto nach Graz kommen, weil sie es gar nicht mehr können, sondern mit der Bahn fahren (*Applaus ÖVP*). Ich habe jetzt mit einem vorausblickenden Investor vor ein paar Tagen ein Gespräch gehabt, er hat gesagt, er muss jetzt nachschauen, da gibt es eine S-Bahn in den Südbereich von Graz. Zählen wir zusammen, es gibt fünf S-Bahn-Linien bitte bereits in den Südost-Zügen und Südwesten, fünf verschiedene S-Bahn-Linien. Nochmals einem Investor, der sehr vorne weg ist, wenn es um seine Interessen geht, musste ich auf die Sprünge helfen. Ein Grund, warum hier so ein Missverhältnis zwischen der Realität, die wir bereits haben, ist und den Gedanken ist, weil viele von uns nicht daran glauben. Es ist wichtig, von etwas überzeugt zu sein und das eint uns ja auch, Karl Dreisiebner und hier alle, wir sind überzeugt. Aber im Alltag tun wir so, als würden wir doch nicht daran glauben. Wir haben es bereits mit Investoren dort zu tun und nicht nur mit Finanzinvestoren, sondern mit Leuten, die jetzt real investieren, wir haben ein Gegenüber, der Bürgermeister hat auch aufgefordert, auch im Kulturbereich mit denen mehr zu sprechen. Es sind nicht mehr nur wir, aber in diesem Fall müssen jetzt wir diese Beschlüsse fassen. Und, lieber Karl Dreisiebner, du hast gesagt, der Rahmenplan wird von uns nicht eingehalten, einstimmiger Beschluss hier. Ein Rahmenplan, das ist richtig, deckt einen Rahmen ab, man kann auch teilweise gescheiter werden, muss auch neue Erkenntnisse einfließen lassen. Aber wenn du genau sagst, dass wir nach Belieben den nicht berücksichtigen, das muss ich jetzt umdrehen, wir haben mit deiner Stimme im Rahmenplan auch die Josef-Huber-Gasse in Erwägung gezogen, wir haben Express-Services beim STEK 4.0, die Josef-Huber-Gasse in Erwägung gezogen und auch bei der Änderung des Flächenwidmungsplanes und jetzt regst du dich auf, dass wir zu diesen Ankündigungen stehen. Unter den Voraussetzungen dieses 25-%-Modal-Split, 25 % Kfz-Verkehr führt kein Weg an der Unterführung der Josef-Huber-Gasse vorbei und was die Straßenbahn betrifft, du hast gesagt, die Südwest-Linie vielleicht erst im Jahr 2023, wir werden kämpfen, dass das früher ist. Im Übrigen, im Jahr 2011 unter der Referentschaft

Verkehrsreferentin Lisa Rücker wurden bereits die Mittel für die Südwestlinie schon zur Planung und teilweise auch Grundstücksablösen beschlossen. Also das fällt sogar noch in euren Verantwortungsbereich zurück. Ihr könnt euch jetzt damit schmücken, aber auch müsst ihr euch die Frage gefallen lassen, warum ist da in der Vergangenheit noch nicht mehr weitergegangen? Kommen wir zum 3er. Der 3er ist sozusagen die primäre und vorrangige Reininghauserschließung, hier stehen wir vor der europaweiten Ausschreibung der Planungen und 2015 bis 2017 wird wahrscheinlich nicht nur die Planung der Josef-Huber-Gasse fertig sein, sondern möglicherweise und hoffentlich auch die des 3er. Und wenn wir das so transportieren, dann werden wir eben nicht den Bus im Vordergrund haben, sondern die Straßenbahn und die ganze Entwicklung wird in die richtige Richtung gehen. Glaubt an dieses Reininghaus. Danke (*Applaus ÖVP*).

StR.ⁱⁿ **Rücker**: Glauben ist so eine Sache. Ich glaube auch an ein Reininghaus, aber vielleicht glauben wir an ein unterschiedliches Reininghaus. Ich kann mich sehr genau erinnern, über diesen Rahmenplan und genau über die Josef-Huber-Gasse haben wir im Zuge der Rahmenplanformulierung sehr genau definiert und ich habe damals als Verkehrsreferentin sehr vehement den Standpunkt vertreten, dass wenn wir nicht alle Priorisierung auf eine gute Anbindung mit öffentlichem Verkehr und Fahrrad setzen von vorne herein, dann haben wir am Ende das Problem, dass wir natürlich dem Auto nachbauen müssen und deswegen haben wir ganz klar formuliert, dass womöglich am Ende es trotzdem notwendig wird, aber vorher Priorität zu schaffen ist, dass man überhaupt nicht auf die Idee kommt, dass alle mit dem Auto dort hinfahren und damit würde sich, wenn man das gut und konsequent verfolgen würde, womöglich am Ende nicht die Notwendigkeit ergeben, eine Unterführung zu bauen, von der du weißt, dass die noch einmal teurer ist, als die Straßenbahn, wenn

wir die unter der Marienhütte durchbauen, das ist ein anders Thema. Aber es geht darum, dass wir damals ganz genau diskutiert haben und ich mich sehr vehement dagegen gewehrt habe, diese Straßenplanungen, diese Unterführung vorzuziehen, weil wir damit dem Auto vorher nachbauen und nachher wollen wir einen Modal Split erreichen, der jetzt da drinnen steht. Das ist absolut undenkbar, dass man es vorher dem Auto leicht macht, dass wir dann am Ende die Leute wieder von dieser Form der Zufahrt wieder runterbringen, das ist genau die Logik dahinter, die wir damals diskutiert haben. Und noch was, wir haben den Beschluss gefasst in meiner Ära, die fünfeinhalb Millionen Euro für die Planung. Wir wären heute, wenn wir das so fortgesetzt hätten, wären wir bei der Einreichplanung. Es wurden im Jahr 2013, und da war ich nicht mehr zuständig, ganze 1.400 Euro aus diesem Topf angegriffen, um bei der Planung irgendwas zu tun. Ich weiß nicht, was in der Zeit passiert ist, aber mit 1.400 Euro kann das nicht besonders viel gewesen sein, was vorgezogen wurde im Bereich der Planung für die Straßenbahn. Und jetzt, wenn ich verfolge, wie in den Budgetverhandlungen gesprochen wurde, dann hat es da auch ein klares Bekenntnis gegeben sich wieder zu verabschieden von dieser forcierten Ausbauoffensive im Bereich der Straßenbahn. Man hat die Planungsmittel, die schon beschlossen waren, noch einmal festgeschrieben, aber alles, was in Richtung Umsetzung geht, ist wieder verschoben worden auf irgendwann. Und das ist ein Umkippen des Rahmenplanes, wo ganz klar drinnen gestanden ist und immer noch drinnen steht, zuerst alle Alternativen auszuschöpfen und zu ermöglichen, damit wir von vornherein dort eine Bewohnerschaft, ein Menschengruppe haben, die das alternativ anreißt, das war ganz klar die Zielsetzung und das ist ein bisschen ein anderes Reininghaus als deines und ihr müsst es euch nur im Zusammenhang vorstellen. Wir haben letzten Gemeinderat, das hat der Karl eh schon beschrieben, haben wir beschlossen oder habt ihr beschlossen gegen unsere Stimmen die Griesplatzlösung neu, die sich dem ergibt, dass man sagt, man kann halt nichts machen, sind so viele Autos, müssen wir irgendwie integrieren. Die Alternative wäre gewesen eine Straßenbahnlösung, die an

diesem Nadelöhr auch eine Erschwernis, ganz bewusst eine Erschwernis für ein zunehmendes Autowachstum ermöglicht hätte, das durchgedacht, hätte für Reininghaus auch eine Chance gegeben. Jetzt wird es genau umgekehrt. Am Griesplatz wird jetzt für alle was gemacht, aber eigentlich am Ende dafür, dass noch mehr Autoverkehr dort stattfindet und auf der anderen Seite wird vom Westen her mit zwei Unterführungen, sind ja zwei Unterführungen geplant, Wetzelsdorfer Straße und Josef-Huber, eine Schleuse geöffnet, die dann nicht mehr in den Griff zu bekommen sein wird und das ist die Frage, wann beginnt in dieser Stadt immer die Zukunft? Man schreibt sich schöne Dinge vor, Modal Splits, die man auch in den Verkehrs- und Mobilitätsplan drinnen haben, aber wenn dafür nichts getan wird, dann wird man sich von den Zielen sukzessive zu verabschieden haben und das beginnt ihr, ihr beginnt euch davon zu verabschieden, dass man in dieser Stadt dringendst in eine andere Richtung gehen müssen und das ist auch dieser Beschluss, der dazu beiträgt (*Applaus Grüne*).

GR. Dipl.-Ing. **Topf**: Ich glaube, dass das Stück ein bisschen falsch jetzt interpretiert wurde. Es geht also im Wesentlichen darum, dass wir über Grundstücke jetzt schon zu diskutieren haben in einem zeitlich günstigen Fenster, dass wir diese Grundstücke sozusagen mit den dort ansässigen Wirtschaftsbetrieben abstimmen und dort Grundstücks... sozusagen den Fuß in die Tür stellen, um diese Grundstückseinlösungen zu machen. Aber, lieber Karl, ich kann nicht sagen, ich plane nicht, aber ich tu die Grundstücke einlösen. Also ein bisschen eine Planung brauche ich schon, damit ich weiß, was brauche ich noch an Grundstücken. Also ich sage einmal so, das gehört schon zusammen, dass man Grundstückseinlösungen... es ist ja noch nicht drinnen im Stück, dass es jetzt sofort gebaut wird, sondern es wird einmal darüber nachgedacht, mit dieser Summe die Grundstücke abzulösen und die Planung

einzuweisen, das ist der Inhalt dieses Berichtes beziehungsweise dieses Antrages (Applaus ÖVP).

Der Tagesordnungspunkt NT 27) wurde mit Mehrheit (gegen Grüne) angenommen.

Der Tagesordnungspunkt NT 28) wurde mit Mehrheit (gegen Grüne) angenommen.

Berichterstatter: GR. Mag. Frölich

NT 29) A 8-66149/2013-30

A 10/8-054603/2014/0001

Pünktlichkeitsoffensive ÖV,

- Projektgenehmigung über € 1.100.000,-
- haushaltsplanmäßige Vorsorge für € 50.000,- in der OG 2014
- Aufstockung des Verkehrsfinanzierungsvertrages HGL

GR. Mag. **Frölich**: Hoher Gemeinderat! Zwei Stücke aus dem Verkehrsausschuss, zunächst die Pünktlichkeitsoffensive, eine Projektgenehmigung über 1,1 Millionen Euro. Hintergrund ist, dass die Holding im Jahr 2013 eine Diplomarbeit zum Thema Grundlagen für ein Beschleunigungskonzept für den öffentlichen Verkehr in Auftrag gegeben hat. Auf dieser Grundlage will man sich diesem Thema nähern und in ersten Schritten generelle Richtlinien als Grundlage erarbeiten, die dann dazu dienen sollen, eine rasche Beurteilung von Maßnahmen zu ermöglichen. Das Stück wurde ausführlich im Verkehrsausschuss diskutiert, es sollte nach einer ersten Schätzung eben diese Summe von 1,1 Millionen Euro zur Verfügung gestellt werden, um das Projekt umzusetzen. Das teilt sich dann auf in 50.000 Euro Zuschussbedarf für 2014, 350.000 je für die Jahre 2015, 2016 und 2017. Ich darf daher im Namen des

Verkehrsausschusses den Antrag stellen: Erstens, die Projektgenehmigung für das Projekt Pünktlichkeitsoffensive ÖV für den Zeitraum 2014 bis 2017 in Höhe von 1,1 Millionen wird wie folgt erteilt, die Summe, wie ich gerade dargestellt habe. In der OG 2014 wird die neue Finanzposition „Laufende Transfers an Unternehmungen, Pünktlichkeitsoffensive“ mit 50.000 Euro geschaffen und zur Bedeckung die Finanzposition „Abgaben für den Gebrauch von öffentlichem Grund in der Gemeinde und darüber“ um denselben Betrag erhöht. Drittens, die Abrechnung des jährlichen Zuschussbedarfes erfolgt nach den tatsächlichen Kosten, aber maximal zu den angegebenen Jahressummen. Viertens: Der Verkehrsfinanzierungsvertrag wird in seinem Leistungsangebot um die Aufwendungen für die oben genannten ÖV-Maßnahmen erweitert. Dafür werden den Holding Graz Linien weitere Zuschüsse in Höhe von 1,1 Millionen bis längstens Ende des Jahres 2017 gewährt. Ich bitte um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Verkehr den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Die Projektgenehmigung für das Projekt „Pünktlichkeitsoffensive ÖV“ für den Zeitraum 2014 bis 2017 (1.12.2014 bis 31.12.2017) in Höhe von € 1.100.000,- wird wie folgt erteilt:

2014	€ 50.000,-
2015	€ 350.000,-
2016	€ 350.000,-
2017	€ 350.000,-

2. In der OG 2014 wird die neue Fipos

1.69000.755300 „Lfd. Transfers an Unternehmungen,
Pünktlichkeitsoffensive“ (Anordnungs-

befugnis A 10/8) mit

€ 50.000,-

geschaffen und zur Bedeckung die Fipos

2.92000.841200 „Abg.f.d.Gebr.v.öffentl. Grund i.d.
Gemeinde u. darüber“

um denselben Betrag erhöht.

3. Die Abrechnung des jährlichen Zuschussbedarfes erfolgt nach den tatsächlichen Kosten, aber maximal bis zu den angegebenen Jahressummen.
4. Der Verkehrsfinanzierungsvertrag wird in seinem Leistungsangebot um die Aufwendungen für die oben genannten ÖV-Maßnahmen erweitert. Dafür werden den Holding Graz Linien weitere Zuschüsse in Höhe von € 1.100.000,- bis längstens Ende des Jahres 2017 gewährt.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Vor der Diskussion noch ein Wort zum Ablauf der Gemeinderatssitzung. Wir haben an und für sich ab 16.00 Uhr Unterbrechung der Tagesordnungspunkte für die dringlichen Anträge. Frage, wir haben nur mehr dieses Stück, das jetzt gerade vorgetragen wurde und dann noch ein zweites Verkehrsstück und hätten dann die Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Sitzung durch. Vorschlag, dass wir diese beiden Stücke machen und dann zu den dringlichen Anträgen kommen. Wenn Einverständnis ist, dann bitte machen wir diese beiden Stücke durch.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Werte Gäste, ich werde es kurz machen, obwohl es ein bisschen mehr hergeben würde das Stück, aber eine kurze Anmerkung des Stückes kann ich mir nicht verkneifen. Pünktlichkeitsoffensive im öffentlichen Verkehr, das ist so etwas wie das Tagesgeschäft. Ich meine, was wäre ein öffentlicher Verkehr ohne Pünktlichkeit, deswegen gehen wir halt doch davon aus, dass es eigentlich ein durchaus üblicher Vorgang ist bei der Holding, hier auf die Pünktlichkeit zu schauen, daran zu arbeiten und sind doch etwas verwundert darüber, dass jetzt 1,1 Millionen in die Hand genommen werden sollen, um hier jemanden für drei Jahre zu beschäftigen und noch nicht näher definierte Maßnahmen zu setzen. Das ist ein bisschen sehr unkonkret, selten werden 1,1 Millionen so pauschal genehmigt und hat im Finanzausschuss auch viel Schmunzeln ausgelöst. Ein bisschen besteht hier schon der Eindruck, dass hier ein Geld an die Holding überwiesen wird für andere Dinge, die damit nicht abgedeckt werden. Das ist finanztechnisch kein Problem in dem Sinn, dass wer was Falsches verdient, es kann nur sein, dass hier Geld für andere Dinge noch mitbezahlt wird oder nicht so ganz gleichgerechnet wird. Also ich glaube die Pünktlichkeitsoffensive, wenn sie so beschrieben ist, ist meines Erachtens so nicht 1,1 Millionen wert, deswegen werden wir dagegen stimmen. Aber wir sind sicher nicht dagegen, dass die Holding pünktlich fährt, das ist Voraussetzung, das gehört zum Grundgeschäft, das ist notwendig und sollte auch mit einer normalen Finanzierung möglich sein. Bei dem Finanzstück müssen wir leider dagegen stimmen, weil hier das nicht ganz erkennbar ist, was da genau passieren soll. Danke (*Applaus Grüne*).

Der Tagesordnungspunkt wurde mit Mehrheit (gegen Grüne) angenommen.

Berichterstatter: GR. Mag. Frölich

NT 30) A 8-66149/2013-31

A 10/8-054339/2014/0001

Holding Graz Linien, Buslinien 64 und 65,

- Projektgenehmigung über
€ 2.401.800,- in der OG 2015 bis 2017
- Aufstockung des Verkehrs-
finanzierungsvertrages HGL

GR. Mag. **Frölich**: Auch hier geht es darum, dass man die Linien 64 und 65 für den Zeitraum von 26.12.2012 bis 31.12.2014 seinerzeit ins Leben gerufen hat, es ist ja die Linie 82 in die Linie 64 quasi eingeflossen, da gilt es, nachdem sich die Lösung, die hier geschaffen wurde mit dieser Tangentiallinie, bewährt hat und die Fahrgastzahlen deutlicher noch angestiegen sind, als ursprünglich erwartet und vorausgerechnet, dass diese Linien bis zum Jahresende 2017 weitergeführt werden sollen. Dazu sind natürlich entsprechende Mittel zur Verfügung zu stellen, das heißt, es geht um eine Projektgenehmigung über 2,401.800 Euro in der OG 2015 bis 2017 und eine dementsprechende Aufstockung des Verkehrsfinanzierungsvertrags. Das Stück wurde sowohl im Finanzausschuss als auch im Verkehrsausschuss detailliert durchbesprochen und diskutiert. Ich darf daher den Antrag stellen, dass erstens die Projektgenehmigungen für die Buslinien 64/65, für den Zeitraum 1.12.2015 bis 31.12.2017, bedeckt aus den Parkraumeinnahmen, in Höhe von 2.401.800,- Euro wird wie folgt erteilt: 2015 € 787.100,-, 2016 € 799.500,- und 2017 € 815.200,-. Die Abrechnung des jährlichen Zuschussbedarfes erfolgt nach den tatsächlichen Betriebskosten, aber maximal bis zu den angegebenen Jahressummen. Der Verkehrsfinanzierungsvertrag wird in seinem Leistungsangebot um die Aufwendungen für die Buslinien 64 und 65 erweitert. Dafür werden den Holding Graz Linien weitere Zuschüsse in Höhe von 2.401.800,- Euro bis längstens Ende des Jahres 2017 gewährt. Das war der Antragstext, vielleicht noch zwei Sätze von mir dazu, es ist auch im Stück dargestellt, dass natürlich diese ganze Notwendigkeit der Verdichtung und der Linienführung dort und der guten Erreichbarkeit über Tangentiallinien auch sehr stark mit dem Ausbau des Med.-Uni-Campus zu tun hat. Natürlich befinden sich

an der Linie auch die Kunstuniversität und andere Ziele, das gesamte LKH-Klinikum, aber natürlich wird sich dort mit der Fertigstellung des Med.-Uni-Campus natürlich eine gewaltige Frequenzerhöhung darstellen lassen. Ich bitte hier um Annahme.

Der Berichterstatter stellt namens des Ausschusses für Verkehr den Antrag, der Gemeinderat wolle beschließen:

1. Die Projektgenehmigung für die Buslinien 64 und 65 (für den Zeitraum 1.1.2015 bis 31.12.2017), bedeckt aus den Parkraumeinnahmen in Höhe von € 2.401.800,- wird wie folgt erteilt:

2015	€ 787.100,-
2016	€ 799.500,-
2017	€ 815.200,-

2. Die Abrechnung des jährlichen Zuschussbedarfes erfolgt nach den tatsächlichen Betriebskosten, aber maximal bis zu den angegebenen Jahressummen.
3. Der Verkehrsfinanzierungsvertrag wird in seinem Leistungsangebot um die Aufwendungen für die Buslinien 64 und 65 erweitert. Dafür werden den Holding Graz Linien weitere Zuschüsse in Höhe von € 2.401.800,- bis längstens Ende des Jahres 2017 gewährt.

GR. **Luttenberger**: Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Seitens der KPÖ stimmen wir dem Stück an und für sich zu, aber ich wollte auch, auch wenn es das letzte Stück ist, das doch nutzen, um einen öffentlichen Appell oder

einen Nachdenkappell an uns alle zu richten. Ich finde es einmal prinzipiell natürlich gut, dass die Buslinie 64 und 65 verlängert werden. Was der Kollege Klaus Frölich sagt, dass hier mit Zunahmen zu rechnen ist, das unterschreibe ich auch, ich wohne in Straßgang und wenn man bedenkt, dass dieser Grazer Südwesten ja eine Boom-down-City oder wie man das auf Englisch nennt, ist und da mit jährlichen Zuwachsraten von hunderten, wenn nicht tausenden von Menschen zu rechnen ist, weil wenn man durch die Gegend fährt, werdet ihr merken, jedes Jahr ändert sich dort das Stadtbild oder das Bezirksbild und deswegen mein Appell, dass man das jetzt nicht nur beschließen, weil jetzt beschließen wir ja den Ist-Bestand, sondern, du hast es angesprochen, das Wort Verdichtung und so. Also ich sage nochmals, die Buslinie 62, die Buslinie 65 bei uns, die verenden am Sonntag, also wenn du da als Bewohner eines Randbezirkes in einen anderen Randbezirk möchtest oder ins Krankenhaus oder ins Cineplex, musst einmal ins Stadtzentrum fahren und dann von dort eben sternförmig zu den Objekten, die du möchtest und das halte ich eben für nicht günstig. Und meine Bitte an uns alle ist, dass wir uns nächstes Jahr da wirklich damit beschäftigen, dass man zumindest als ersten Schritt, Stadtrat Kollege Eustacchio weiß, wir haben schon einmal eine Anfrage gestellt, es ist eine Frage vom Geld, da brauchen wir gar nicht diskutieren, da reden wir von 200.000 Euro rund, wenn es um Fahrplanausweitung geht, dass man eben am Samstagnachmittag und am Sonntag den ganzen Tag einen Fahrplan installiert, wobei ich das offen lasse, ob das jetzt 20-Minuten-, 30-Minuten-, 15-Minuten-Intervall ist, also mir wäre ein Pilotprojekt da sehr angenehm, also das wäre schon eine tolle Sache. Und zum Schluss erlaubt mir eine ironische Bemerkung, wir scheinen ja heute eine Hotline zur Europäischen Investitionsbank in Frankfurt zu haben, dann ruft man gleich an die Jungs in Frankfurt und sagt, sie sollen ein kleines Trancherl von 500.000 Euro gleich herüberwachsen lassen, damit man den Pilot auch starten können. Danke (*Applaus KPÖ*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 16.30 Uhr den Vorsitz.

Bgm. Mag. **Nagl**: Bis der Herr Kollege Dreisiebner heraußen ist, darf ich einmal ganz, ganz herzlich eine besondere Runde, die auf unserer ZuhörerInnengalerie sich aufgestellt hat, Platz genommen hat fast niemand, begrüßen. Es sind viele, viele Kolleginnen und Kollegen, die heute ein Altmandatars-Treffen auch im Grazer Rathaus haben, sei es, ob sie in der Regierung, im Gemeinderat, auf Bezirksebene, in unserem Unternehmen mitgewirkt haben. Seid einmal alle herzlich willkommen, schön, dass ihr Interesse an unserer Arbeit habt (*allgemeiner Applaus*).

GR. **Dreisiebner**: Herzlich willkommen, die Damen, die Herren. Ich habe mich jetzt auf den Kollegen Luttenberger melden müssen. Lieber Kurt, du bist leider im Reparaturmodus, deine Worte unterstütze ich voll und ganz, aber du bist im Reparaturmodus. Du nimmst zur Kenntnis, dass in dieser Stadt zuwenig für den öffentlichen Verkehr getan wird, dass der Autoverkehr den öffentlichen Verkehr bremst und wir dann durch zusätzliche Ausgaben den 64er, den 65er etwa mit weiteren Bussen in der Frühspitze stabil halten müssen. Geschweige denn, dass wir dann in den von dir gewünschten Wochenendverkehr hineinkommen. Da frage ich dich aber auch, wärst du im Innovationsmodus statt im Reparaturmodus, wie könnt ihr dann dem ganzen Ablauf in Sachen Ausbau der Südwest-Linie, was ja wirklich eine Lösung für den Grazer Südwesten anbieten würde, neben den Tangentiallinien, nämlich auch die Hauptlinien 31, 32 etc. dementsprechend in den Grazer Südwesten über die Straßenbahn abzuwickeln und zwar möglichst bald. Natürlich dauert es

Jahre, aber jetzt die Jahre auch noch zu versempern, das ist etwas, wo ich an euch appelliere, vielleicht denkt darüber noch einmal nach. Dankeschön (*Applaus Grüne*).

Der Tagesordnungspunkt wurde einstimmig angenommen.